

Was für eine Welt wollen wir?

von Erika Vögeli

Jeder halbwegs normal empfindende Mensch, der das Interview von Karin Leukefeld mit Dr. Ghassan Abu Sitta über seine Arbeit im Bereich der Konfliktmedizin und sein Engagement für die Kinder in Palästina liest, ist menschlich zutiefst erschüttert: erschüttert darüber, dass Abu Sittas Arbeit notwendig geworden ist, weil ohne seinen Einsatz – und den vieler anderer humanitär engagierter Menschen – die Welt noch unerträglicher wäre, als sie sich hier präsentiert.

Was wir im Nahen Osten in Form einer völkerrechtswidrigen genozidalen Vernichtungs-Strategie gegen die Bevölkerung rund um Israel – und, medial weniger beachtet, auch in anderen Teilen der Welt, wie im Kongo oder im Sudan – vor Augen geführt bekommen, ist die Fratze der schlimmsten Perversion des Menschen durch ungezügelter selbstherrlicher Machtgier und Gewalt: eine mental-emotionale Verirrung und ein daraus resultierendes krankes menschliches Verhalten, bar jeglicher menschlicher Vernunft.

Das heisst nicht, dass solch krankes Verhalten nicht einer gewissen Logik folgen würde: der Logik der Macht, die auf Geld beruht, einer Logik, die alle darin eingebundenen Akteure, die ihren Platz in diesem Machtgefüge nicht verlieren wollen, in Geiselhaft nimmt oder mit Epstein-Methoden einbindet. Und die übrigen mit medialer Dauerberieselung und manipulativer Dauerbearbeitung davon abhält, ihrem spontanen menschlichen Gefühl genug Raum zu geben, um es zum Verstummen zu bringen. Machtwahn und Geldgier haben – nicht zum ersten Mal in der Geschichte – zu einem Gewalt-



Eines von Millionen kleinen Kindern, die nichts anderes kennen als Krieg. 2024 wuchsen laut einer Meldung von Unicef über 460 Millionen Kinder in Kriegsgebieten auf. (Bild JINHA)

exzess geführt, der alle beschädigt: die Opfer, die Täter – und die «Zuschauer».

Denn wo das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, wo die Uno-Charta *ad absurdum* geführt wird, wo Menschenrechte scheinbar inexistent sind – überall da werden die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens verneint. Verneint – aber nicht abgeschafft. Denn abschaffen kann man sie nicht. Sie sind Teil der *Conditio humana*, der Bedingungen unseres Menschseins. Man kann sie negieren. Man kann dagegen verstossen – aber beseiti-

gen lassen sie sich nicht. Sie bestehen mit uns – und wir mit ihnen.

Nur: Die Forderungen der *Conditio humana* nicht zu respektieren hat unweigerlich Folgen. Je weniger man sie zur Kenntnis nimmt, je weniger man sich ihrer bewusst ist, sie achtet, ihnen nachlebt, desto weniger human wird unser soziales Leben im grossen wie im kleinen. Wer dem Vogel die Flügel stutzt, bringt ihn zwar nicht um, verunmöglicht ihm aber das Fliegen. Um seine wahren Möglichkeiten entfalten zu können, braucht

der Mensch ein menschliches Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Menschenwürde. Und zwar für *alle*.

Es sind dies nicht nur Ideale. Menschen aller Zeiten und aller Kulturen fühlten und fühlen sich davon angesprochen. Überall dort, wo sie mehr gelebt wurden und werden, haben sie eine Blüte der Gesellschaft ermöglicht – einhergehend mit reicheren Möglichkeiten zur Entfaltung der Individualität des Einzelnen und vermehrter sozialer Durchbildung der Gemeinschaften. Der Mensch ist – von den Möglichkeiten seiner Anlagen her – ein «ultrasoziales» Wesen. Alle seine spezifisch menschlichen Fähigkeiten entwickelt er nur in sozialen Beziehungen: den aufrechten Gang, die Sprache und das Denken, das Bewusstsein seiner selbst, die Fähigkeit zu verstehen – sie alle bilden sich nur in und bezogen auf mitmenschliche Beziehungen. Erst in und mit ihnen können wir die geistigen, emotionalen und handwerklichen Fähigkeiten entwickeln, deren Kombination in der modernen Technik, zum Beispiel in der medizinischen Heilkunde, uns so viel an Verbesserung und Sicherung des Lebens ermöglicht hat.

Zu unserer Sozialität gehört auch die Fähigkeit zum Mitempfinden, zu gegenseitiger Hilfe und zum Füreinander-da-Sein. Das Kind – das zeigen zahlreiche Resultate moderner Entwicklungsforschung – bringt diese soziale Orientierung mit auf die Welt. Entfalten kann sie sich aber nur im sozialen Umfeld, in vertrauensvollen Beziehungen, in denen wir frei

Fortsetzung auf Seite 2

«Wenn die Welt der Kinder untergeht»

Interview von Karin Leukefeld mit Dr. Ghassan Abu Sitta*

Ghassan Abu Sitta
(Bild gascf.org)Karin Leukefeld
(Bild ef)

In mehr als 30 Jahren hat Ghassan Abu Sitta in Kriegs- und Kriseneinsätzen Erfahrungen gesammelt, die zu der Entwicklung einer «Konfliktmedizin» führte, wie sie nur in Beirut gelehrt wird. Die Angriffe auf das Gesundheitswesen in Gaza und auch in Libanon habe Israel in einer geradezu «spektakulären Weise» und dazu völlig straffrei vollzogen, so der Arzt im Gespräch. Das humanitäre und internationale Recht werde missachtet. Der Genozid gegen die Palästinenser in Gaza setze sich aktuell gegen die Bevölkerung von Libanon fort, so Abu Sitta. Er erinnerte an die vom israelischen Mossad durchgeführten

«Pager-Attacken» am 17. September 2024, bei denen mehr als 3000 Personen in Libanon schwerste Verletzungen erlitten, die sie ihr Leben lang zeichnen würden.

Israel habe alle roten Linien, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden seien, absichtlich überschritten und werde dabei von den USA und europäischen Staaten unterstützt. «Das bedeutet, Israel handelt in deren Interesse», so Abu Sitta. Dieser Komplizenschaft müsse man sich deutlich widersetzen. Dass der langjährige Al-Khaida-Vertreter Abu Mohamed Al Jolani von US- und UN-Sanktionen freigesprochen werde und gleichzeitig Richter und Richterinnen am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und die UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte in den Besetzten Palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, mit Sanktionen dafür bestraft werden, dass sie den israelischen Genozid an den Palästinensern beim Namen nennen, beweise, dass das internationale Recht zerstört werden solle.

Internationale humanitäre und Hilfsorganisationen in Kriegs- und Krisengebieten sind oft im Einsatz in Kriegen, die auch von den Regierungen ihrer Länder finanziert werden. Angesichts des Genozids in Gaza sei eine scharfe Trennung erforderlich, so Abu Sitta. Gebraucht werde ein «neuer Sozialvertrag», so der Arzt. In humanitären und Hilfsorganisationen werde darüber zunehmend gesprochen.

Das Interview wurde am 1. Mai dieses Jahres auf Englisch geführt und von der Autorin ins Deutsche übersetzt.

Karin Leukefeld: Dr. Ghassan, Sie sind Palästinenser, aber Ihr Land ist besetzt. Wir treffen uns hier in Beirut, Sie sind britischer

Staatsbürger und Rektor der Universität in Glasgow. Wo leben Sie?

Dr. Ghassan Abu Sitta: Ich pendele zwischen den beiden Ländern. Als ich aus Gaza zurückkam, habe ich verschiedene Male versucht, wieder dorthin einzureisen, die Israeli haben mir die Einreise untersagt. Da ich zwischen 2011 und 2019 hier am Krankenhaus der Amerikanischen Universität (AUB) die Abteilung für plastische Chirurgie geleitet habe, hatte ich noch Kontakte hierher. Uns war sehr schnell klar, dass der israelische Krieg gegen Gaza nur Teil eines sehr viel grösseren regionalen Projekts ist, um die Landkarte der Region zu dominieren und zu verändern. Und so war es.

Sehr schnell hatten wir hier in Libanon auch Krieg. Ich bin umgezogen und kam hier am 17. September 2024 an. [Das war der Tag der «Pager-Angriffe»]. Ich sollte als Professor den Lehrstuhl für Konfliktmedizin übernehmen. Dieser Lehrstuhl spiegelt die Tatsache, dass wir in einer Region leben, wo Kriegsverletzungen zu den wichtigsten Faktoren der menschlichen Gesundheit gehören. Besonders Libanon und hier das AUB-Krankenhaus sind in ihrer Geschichte durch diese Art von Verletzungen geprägt worden.

Sie haben einen Hilfsfonds für palästinensische Kinder aus Gaza eingerichtet.

Als wir den Ghassan Abu Sitta Fonds für Kinder starteten, ging es darum, palästinensische Kinder aus Gaza hierher zu holen und sie hier zu behandeln. Der Grund war, dass es hier ein Ausmass an Fachwissen und Erfahrung für die Behandlung solcher Verletzungen gibt, besonders im Krankenhaus der Amerikanischen Universität, wie man es weltweit nirgends findet, ausser in Militärkrankenhäusern. Sie wer-

den nirgends eine zivile akademische Einrichtung finden, wo es so viel Fachwissen über Kriegsverletzungen gibt. Allein die Kriege in Libanon, die israelischen Invasionen in Libanon, aber auch der Irak-Krieg und der Krieg in Syrien. Aus allen diesen Kriegen kamen Verletzte hierher, um behandelt zu werden. Viele von ihnen waren Patienten von MSF, *Médicins sans Frontière*.

Die Komplexität vieler Kriegsverletzungen, die ich in Gaza gesehen hatte, erforderte das Fachwissen von Ärzten, die ihr Leben lang verletzte Kinder behandelt hatten. Wir konnten Kinder aus Gaza durch Ägypten hierherbringen. Doch als dann der Krieg 2024 auch in Libanon begann, haben wir zusätzlich zu den palästinensischen Kindern auch libanesischen Kinder hier behandelt. Und das machen wir bis heute. Während des letzten Krieges 2024 haben wir rund 1400 Kinder behandelt, die im Krieg verletzt worden waren. Wir haben sie rekonstruktiv chirurgisch behandelt – mit Rehabilitation – und medizinisch versorgt, und gleichzeitig haben wir mehr Kinder für rekonstruktive Chirurgie aus dem Gaza-Streifen nach Libanon geholt.

Das ist eine grosse Zahl an Kindern. Wie viele Ärzte arbeiten in Ihrem Team?

Wir können alle Abteilungen des AUB-Krankenhauses hier in Beirut nutzen. Es kommt also jeweils auf die Art der Verletzung an. Einige Kinder benötigen eine orthopädische Operation, andere Kinder müssen von Augenärzten behandelt werden. Wieder andere Kinder brauchen plastische Operationen. Hier am AUB-Krankenhaus haben wir sehr

Fortsetzung auf Seite 2

* Karin Leukefeld ist Ethnologin, Islam- und Politikwissenschaftlerin sowie Historikerin. Seit 2000 arbeitet sie als freie Korrespondentin. Ihre Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten. Ihr neuestes Buch hat den Titel «Krieg in Nahost. Geopolitik, Verwüstung, Widerstand und Aufbruch einer Region» (Hintergrund-Verlag 2024) Ghassan Abu Sitta ist Chirurg und auf plastische Chirurgie spezialisiert. Als Freiwilliger für *Médicins sans Frontière* (MSF) (Ärzte ohne Grenzen) ist Abu Sitta in vielen Kriegs- und Krisengebieten im Einsatz gewesen. Seit 2024 leitet er den neu eingerichteten Lehrstuhl für «Konfliktmedizin» an der Amerikanischen Universität in Beirut, AUB.

«Was für eine Welt wollen wir?»

Fortsetzung von Seite 1

sind, unsere eigenen Interessen so wahrzunehmen, dass sie dem sozialen Miteinander dienen und damit unsere Freiheit als Mensch, unsere Menschenwürde wahrzunehmen. Die Erkenntnisse aus zahlreichen Wissensbereichen – aus dem Studium der Menschheitsgeschichte, der Anthropologie, Kulturanthropologie, Philosophie, Rechtsphilosophie, Psychologie und vielen verwandten Bereichen – liefern dazu reichlich Material. Allemaal mehr, als das Studium der Börsengewinne von Rüstungsunternehmen.

Wer dies als Idealismus abtun will, muss sich fragen lassen, ob er sich mit all den heute zur Verfügung stehenden Erkenntnissen wirklich auseinandergesetzt hat – und ob ihm auch bekannt ist, wie viele Anstrengungen Anhänger der Macht aller Zeiten stets darauf verwenden zu verhindern, dass diese Erkenntnisse Allgemeingut werden. Es abtun dient denselben Machtinteressen. Zufällig war es nicht, dass beispielsweise die Psychologie *Alfred Adlers*, der das Machtproblem als Fehlentwicklung menschlichen Gefühlslebens thematisierte und die soziale Struktur des gesamten menschlichen Daseins ins Zentrum psychologischen Verständnisses rückte, bis heute so wenig aufgegriffen wurde, und zwar nicht nur von der psychologischen Fakultät.

Jahrzehnte nach dem Ende des Weltkriegs lagen die ehrlichen Hoffnungen der Menschheit und aller durch die Völkermorde erniedrigten und beleidigten Menschen auf dem Verbot des Angriffskrieges, gründeten auf der 1948 – erstmals in der Weltgeschichte – «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» und deren – die Staaten bindenden – Folgepakten und auf der Uno-Charta. Es waren dies Leistungen von Menschen aller Erdteile, deren sittlich-rechtli-

ches Gewissen sie drängte, einen Damm des Rechts zu bauen, um eine Wiederholung der erlebten Katastrophen zu verhindern.

Heute stehen wir vor deren Trümmerhaufen. Einem Trümmerhaufen des Rechts, der Menschlichkeit, des menschlichen Vertrauens, ohne das konstruktives Leben und Aufbauen nicht möglich ist.

Wenn es nur noch darum geht, mit eigenen «Narrativen», «Erzählungen» die Mitmenschen zum Hinnehmen oder Bejahen solchen Grauens zu bringen, sind tatsächlich die Grundlagen menschlichen Lebens in Frage gestellt. Ein Zusammenleben auf der Basis von «cleverer» Übertölpelung des anderen, von Betrug, Heimtücke, Unredlichkeit – zum Beispiel Verhandlungen zum Zwecke des Hinhaltens, Missachten von allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, Nichtgewähren von Menschenrechten für ganze Menschengruppen, die man in einem Freiluftgefängnis hält – ein solches Gefüge bringt uns an den Rand der Selbstvernichtung. Solch mafiöse Strukturen können nicht Grundlage für menschliches Leben auf diesem Globus sein. Genauso wie Hassziehung, Erziehung zu Gefühlen eigener Überlegenheit, gepaart mit Verachtung für andere, seelische Spuren hinterlässt, die der Vorstellung einer humanistisch gesinnten Persönlichkeit, die ihr menschliches Potential wirklich ausschöpfen kann, diametral entgegensteht.

Wir sind aufeinander angewiesen. Wir brauchen den vertrauensvollen menschlichen Sozialkontakt, ohne den das Kind nicht Mensch werden kann und ohne den auch der Erwachsene zugrunde ginge und ohne den kein Bereich menschlichen Lebens wirklich funktionieren kann. Wir brauchen ein Miteinander und die Kooperation der anderen – keiner kann sich dieser Logik des menschlichen Zusammenlebens entziehen. Darauf muss Politik ruhen.

Was sich im Nahen Osten abspielt – und nicht nur dort – ist ein Armutszeugnis. Irrtümer in der Geschichte sind immer fürchterlich genug, wenn sie aus Unwissen geschehen. Wie wollen wir aber die heutigen «Irrtümer» bezeichnen, die wider besseres Wissen geschehen – vernebelt mit hinterhältigem Gerede von Demokratie, von angeblichen Werten, vom Kampf gegen den Terrorismus und von Bedrohungen – etwa der atomaren –, die in Wirklichkeit auf der eigenen Seite seit Jahrzehnten existieren?

Man nimmt hierzulande noch hin, dass Menschen, die sich dagegen auflehnen, aller Rechte beraubt zu sein, als angebliche oder «potentielle Terroristen» einem Genozid ausgesetzt sind. Die wahren Terroristen in Anzug und Krawatte vollziehen indes die Aufträge ihrer Financiers auf der unsichtbaren Kommandobrücke transatlantischer Geopolitik. Und klopfen sich dafür gegenseitig auf die Schulter, erzählen sich ihre «Narrative» zur Rechtfertigung von Taten, die nicht zu rechtfertigen sind – die allein die Logik des absoluten Fürsten kopieren, der sich über alles Recht stellt. Gedeckt durch «Wahrheitsministerien», die jede abweichende Meinung und Berichterstattung in transatlantischen Ländern als «Bedrohung» verfolgen.

Wohl bemerken wir die Folgen hierzulande noch nicht in ihrem ganzen Ausmass. Noch lebt es sich vergleichsweise gut. Zwar sind die Zeichen des Niedergangs in allen westlichen Ländern durchaus zu sehen – aber das «Orchester» spielt noch immer.

Was sich die Menschheit nach den Schrecken zweier Weltkriege errungen hat – das Gewaltverbot der Uno-Charta, die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, die Pakte über die bürgerlichen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte,

die Genfer Konventionen und vieles mehr – wir müssen es zurückholen. Dazu wird es eine umfassende Diskussion, die Entstehung eines breiten Bewusstseins darüber brauchen, warum diese Vereinbarungen keine «Deals» sind, sondern aus Einsicht geschaffene Grundlagen, die nicht zur Disposition stehen.

Wir können es drehen und wenden wie wir wollen: Die Kinder in Gaza, die Kinder in Libanon, sie sind auch unsere Kinder. Unser Gewissen, unsere Fähigkeit zum Mitgefühl stellt uns, wenn wir ihm zuhören, unausweichlich vor die Frage: Wenn ich an der Stelle des anderen wäre? Der Einzelne kann die Welt nicht aus den Angeln heben. Aber er kann etwas tun, ohne das alles nichts ist: Er kann sich fragen: Wenn ich das Kind in Gaza, in Libanon, wäre? Es ist kein Verdienst, woanders geboren zu sein. Wir haben die Fähigkeit, uns in den anderen Menschen einzufühlen – ohne sie könnten wir nicht leben, nicht gross werden, uns nicht zurechtfinden. Leider ist dieses Vermögen durch zahlreiche Einflüsse und Irrtümer über den Menschen, allen voran durch ideologische Vorurteile und damit einhergehende trennende Einstellungen massiv eingeschränkt. Aber diese einfache Frage kann sich jeder Mensch stellen. Es ist die innere Stimme unserer Sozialnatur, die Stimme des Gewissens, die diese Frage stellt und uns damit von den Fesseln der sie hemmenden Irrtümer frei macht – das ist die erste Tat, mehr als eine «Idee», sondern die allererste menschliche Tat. Was jeder dann tut, das weiss er und tut es aus seinem ureigensten wieder erwachtem menschlichem Gefühl heraus.

Aus dem Gefühl, das auch Ghassan Abu Sitta ausdrückt: «Gaza muss aufhören!» Und der Einsicht: «Gaza ist kein Einzelfall. Gaza wird sich überall wiederholen.» Das ist nicht die Welt, die wir wollen. *Sie muss anders werden. Menschlich für alle.* •

«Wenn die Welt der Kinder untergeht»

Fortsetzung von Seite 1

viele Fachbereiche zu unserer Verfügung, wo die Kinder je nach ihrer Verletzung behandelt werden können. Seit der aktuelle Krieg begonnen hat, haben wir ein gemeinsames Projekt mit dem UN-Kinderhilfswerk *Unicef* und mit dem libanesischen Gesundheitsministerium. Wir wurden die Einrichtung, in die alle pädiatrischen Kriegsverletzungen – also alle Kinder mit Kriegsverletzungen – in Libanon eingewiesen wurden.

Wie alt sind Ihre Patienten?

Gestern habe ich ein sieben Monate altes Kind operiert, und die Ältesten, die wir haben, sind 17, 18 Jahre alt. Wir definieren als Kind einen Patienten, der jünger als 18 Jahre ist.

Das blosse Ausmass der Morde hat die palästinensischen Familien komplett neu gestaltet

Für die palästinensischen Kinder ist ja auch vorgesehen, dass sie nach der Operation und der Behandlungszeit eine Zeit der Erholung bei einer Gastfamilie verbringen. Funktioniert das?

Wir bringen die Familien mit, oder einen Teil der Familie. Auf Grund der Vorgehensweise der israelischen Behörden in bezug darauf, wer Gaza verlassen darf, ist es meist ein Elternteil, das die Kinder begleiten kann. Die Verwüstung in Gaza ist derart, dass in vielen Fällen die Eltern unserer Patienten getötet wurden. Wir haben also Kinder hier, die von einer Tante, einem Onkel betreut werden oder von einem einzelnen Elternteil, der überlebt hat, oder von einer Grossmutter, die als einzige überlebende Erwachsene ein Kind betreut. Das blosse Ausmass der Morde hat die palästinensischen Familien komplett neu gestaltet. Das sieht man daran, wer in der Lage ist, ein Kind hierher zu begleiten.

Konnten auch kriegsverletzte Kinder aus Syrien oder aus dem Irak so unterstützt werden?

Zwischen 2012 und 2019 war ich an einem ähnlichen Projekt für kriegsverletzte Kinder beteiligt. Damals war ich Leiter der Abteilung für plastische Chirurgie am AUB-Krankenhaus. Wir hatten ein pädiatrisches Projekt für kriegsverletzte Kinder, in dessen Rahmen auch kriegsverletzte Kinder aus Syrien behandelt wurden. Gleichzeitig habe ich auch verletzte irakische Kinder be-



Ein sichtbar erschütterter Dr. Ghassan Abu Sitta. Pressekonferenz zwei Stunden nach dem Massaker im Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza am 17. Oktober 2023. Nach Angaben der Gesundheitsbehörden vor Ort wurden 471 Menschen getötet, 342 wurden verletzt. (Bild gascf.org)

handelt, die auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem AUB-Krankenhaus und dem irakischen Gesundheitsministerium gekommen waren.

Die Welt, die sie kannten, gibt es nicht mehr

Gibt es Ähnlichkeiten bei den Kriegsverletzungen aus den verschiedenen Ländern? Oder unterscheiden sie sich?

Die Arten der Kriegsverletzungen sind verschieden. Die palästinensischen Kinder in Gaza und die libanesischen Kinder werden bei sich zu Hause verletzt, auf die gleiche Weise. Oder sie werden in einem Auto verletzt, wenn sie versuchen, von zu Hause zu fliehen. Das bedeutet, dass sie unterschiedslos Geschwister oder Eltern verloren haben, oder beides. Die Verletzung ist nicht nur physisch, sondern diese Kinder sind emotional, sozial und existenziell verletzt. Die Welt dieser Kinder ist untergegangen. Die Welt, die sie kannten, gibt es nicht mehr. Ihr Zuhause, ihre Familie, ihre Nachbarschaft, ihre Geschwister, ihre Schule, alles gibt es nicht mehr. Und diese Verletzungen sehen wir auch jetzt bei den libanesischen Kindern in diesem Krieg. Alle wurden zu Hause verletzt. Fast alle haben entweder die Eltern oder Geschwister verloren.

Wir haben mittlerweile eine Besprechung mit dem gesamten Team eingeführt, das die Kinder betreut. Dabei geht es um Fragen, wie diese Kinder angesprochen werden, wenn sie in der Intensivstation aufwachen. Wie sagt

man ihnen, dass ihre Geschwister getötet wurden, dass ihre Eltern getötet wurden? Wir haben das Team also um einen Psychologen erweitert. Einer unserer Kollegen arbeitet in der Kinderpalliativstation im AUB-Krankenhaus, er wird jetzt mit uns zusammenarbeiten. Das ermöglicht uns, diesen Kindern die schlechten Nachrichten zu überbringen. Wir müssen das in Zusammenarbeit mit der Person machen, die von der Familie überlebt hat. Und wir müssen es richtig machen.

Das AUB-Krankenhaus ist ja ein Universitätskrankenhaus. Arbeiten auch Medizinstudenten mit den kriegsverletzten Kindern?

Ja. Unser Lehrstuhl für Konfliktmedizin ist ein pädagogischer Lehrstuhl. Der Lehrstuhl erkennt die Tatsache an, dass jeder Arzt, der in dieser Region ausgebildet wird, auch in der Behandlung gesundheitlicher Kriegsfolgen ausgebildet werden muss. Denn Kriegsverletzungen sind ein wichtiger Faktor in der hiesigen Gesundheitsversorgung. Wenn jemand morgen als ausgebildeter Arzt in Palästina oder Libanon oder Syrien, Irak, Libyen eingesetzt wird, wird er dort mit Kriegsverletzungen und deren Folgen konfrontiert. Darum sind wir überzeugt, dass die medizinische Ausbildung in unserer Region die Behandlung von Kriegsverletzungen beinhalten muss.

Wie reagieren die Studenten auf die Arbeit mit den verletzten Kindern?

Sie werden überrascht sein – viele der Studenten wollen diese Arbeit machen. Und wir zeigen ihnen auch, dass das Verständnis des Sozialen und der Psychologie im Umgang mit den kleinen Patienten genauso wichtig ist wie die klinische Versorgung. Sie sollen bei uns lernen, Kriegsverletzungen anders, neu zu sehen und zu behandeln.

Die Studenten werden vermutlich noch nicht mit solchen Verletzungen konfrontiert worden sein. Gibt es Unterstützung?

Es gibt Unterstützung, ja. Das wurde mit den medizinischen Ausbildungszentren vereinbart. Das ist auch erforderlich, weil der Umgang mit pädiatrischen Kriegsverletzungen sehr viel schwieriger ist.

Sie sagten, in anderen Ländern werden diese Verletzungen in Militärkrankenhäusern behandelt. Hier in Beirut ist es aber eine Sache der Notwendigkeit?

Ja, und es ist eine Erfahrung. Für mich ist klar, dass man hier nicht davon ausgehen kann, dass dieser eine Krieg der letzte Krieg sein wird. Der Krieg, der alle Kriege beendet, sozusagen ...

... wie man beim Ersten Weltkrieg sagte, und das Ergebnis war dann ein Frieden, der jeden Frieden beendete ...

Ja.

Als Sie nach Ihrer Rückkehr aus Gaza Ende 2023 über Ihre Erfahrungen dort sprachen, sagten Sie auch, dieser Krieg wird nach Libanon kommen.

Genau. Es ist offensichtlich, dass Israel alles, was südlich des Litani-Flusses liegt, dem Norden von Gaza gleichmachen will. Verbrannte Erde, einschliesslich der Unternehmen, die Israel anheuert, um selbst die Trümmer der Dörfer abzutragen. Es soll nicht einmal mehr Trümmer dort geben, nur flaches Land. Israel bezahlt den Unternehmen pro Gebäude 5000 Schekel, die gleiche Summe wie in Gaza. Es sind die gleichen Unternehmen, die sie für Beit Hanoun und Jabalia bezahlt haben, die sie jetzt für Khiam und Bint Jbeil bezahlen.

Dieser Lehrstuhl für Konfliktmedizin ist etwas Aussergewöhnliches, an europäischen Universitäten gibt es das nicht. Wie hat es angefangen?

Fortsetzung auf Seite 3

Staaten müssen den Schutz der medizinischen Versorgung in bewaffneten Konflikten erhalten und stärken

Gemeinsamer Aufruf der Präsidentin des IKRK, des Generaldirektors der WHO und des Internationalen Präsidenten von MSF anlässlich des 10. Jahrestags der Resolution 2286 des UN-Sicherheitsrates

Genf (IKRK) – Vor zehn Jahren verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 2286 über die Gesundheitsversorgung in bewaffneten Konflikten. Doch im Vergleich zu damals sieht die Lage heute noch düsterer aus. Deshalb feiern wir heute keine Errungenschaft – wir erinnern an ein Versagen.

Die Gewalt gegen medizinische Einrichtungen, medizinische Transporte und Gesundheitspersonal geht unvermindert weiter, und somit wird der Schaden, den diese Resolution verhindern wollte, immer grösser. Die Gewalt dauert an und hat sich in vielen Situationen gar verschärft. Als Spitzen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und von *Ärzte ohne Grenzen* (MSF) schliessen wir uns anderen Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Gemeinschaft in einem dringenden Handlungsauftrag an.

Unsere Teams erleben täglich an den Fronten der verheerendsten Krisen weltweit, welche katastrophale Folgen es hat, wenn der Schutz der medizinischen Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Spitäler werden dem Erdboden gleichgemacht, Ambulanzfahrzeuge aufgehalten und behindert, Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal und Patientinnen und Patienten sind allzu oft Opfer von Angriffen, die zu Tod und Verletzung führen. Patientinnen und Patienten sterben an Wunden, die man eigentlich behandeln könnte, Frauen werden manchmal gezwungen, ihre Kinder ohne angemessene Versorgung zur Welt zu bringen, und ganze Gemeinschaften verlieren den Zugang zu lebensrettender Versorgung. Wenn die Sicherheit der Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet ist, ist dies häufig die deutlichste Warnung dafür, dass die Regeln und Normen, die den Schaden des Krieges begrenzen sollen, nicht mehr eingehalten werden. Wenn Spitäler und diejenigen, die medizinische Versorgung leisten, angegriffen werden, sind wir nicht nur mit einer humanitären Krise, sondern mit einer Krise der Menschlichkeit konfrontiert.

Die Staaten und alle Parteien in bewaffneten Konflikten müssen sich an die Regeln zum Schutz der Gesundheitsversorgung halten. Die Pflicht gemäss dem Humanitären Völkerrecht (HVR), diese Regeln «[...] unter



«Wenn Spitäler und diejenigen, die medizinische Versorgung leisten, angegriffen werden, sind wir nicht nur mit einer humanitären Krise, sondern mit einer Krise der Menschlichkeit konfrontiert.» (Bild ICRC)

allen Umständen einzuhalten und [ihre] Einhaltung durchzusetzen», erfordert von den Staaten nicht nur, dass sie die Regeln selbst befolgen, sondern auch, dass sie ihren Einfluss soweit wie möglich nutzen, um sicherzustellen, dass andere Staaten und Konfliktparteien dies ebenfalls tun.

Die Empfehlungen des UN-Generalsekretärs in Ergänzung zur Resolution 2286 bleiben auch heute noch ein klarer und umsetzbarer Fahrplan für die einzelnen Länder. Das IKRK, die WHO und MSF sind bereit, die Staaten bei der Umsetzung dieser kritischen Massnahmen mit ihrer Präsenz in Konfliktgebieten, mit ihrer medizinischen Expertise und ihrer operativen Kapazität zu unterstützen.

Wir erinnern ausserdem an die Resolution 65.20 der Weltgesundheitsversammlung, die 2012 verabschiedet wurde. Sie stand am Anfang einer systematischen Dokumentierung und Meldung von Angriffen auf medizinische Dienste durch die WHO. Die Stärkung einer lückenlosen und transparenten Berichterstattung ist grundlegend, um eine Beweisgrundlage zu schaffen, Prävention und Gegenmassnahmen zu ermöglichen und die Rechenschaftspflicht zu stützen.

Damit die Forderung aus der Resolution 2286 – «dass alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht nachkommen, [...] die Achtung und den Schutz des gesamten Sanitätspersonals und ausschliesslich medizinische Aufgaben wahrnehmenden humanitären Personals, der Transportmittel und der Ausrüstung dieses Personals sowie der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen zu gewährleisten» – erfüllt und weiter vorangetrieben werden kann, und damit ein weiteres Jahrzehnt der Aushöhlung der Normen und der nicht zu rechtfertigenden Gewalt auf die Gesundheitsversorgung in Konfliktgebieten verhindert wird, rufen wir alle Staaten auf, dringend folgende Massnahmen umzusetzen:

- bestehende Verpflichtungen zur Anwendung von Resolution 2286 konkret umzusetzen und positive Initiativen, darunter das Ergebnis der Arbeitsgruppe der Globalen HVR-Initiative für einen effektiven Schutz für Spitäler, aktiv zu fördern;
- den Schutz der Gesundheitsversorgung in die Doktrin, die Einsatzregeln und die operativen Anleitungen für die Streit- und Sicherheitskräfte aufzunehmen, um die

Verpflichtungen gemäss HVR in der Praxis wirksam umzusetzen;

- die nationalen Gesetze zum Schutz der Gesundheitsversorgung in bewaffneten Konflikten zu überprüfen, anzuwenden und zu stärken;
- angemessene finanzielle, technische und operative Mittel bereitzustellen, um Massnahmen zu fördern, welche das Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung schützen;
- alle verfügbaren Mittel zu nutzen, um andere Konfliktparteien – auch diejenigen, die in irgendeiner Form von Staaten unterstützt werden – dazu zu bringen, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Gesundheitsversorgung nachzukommen;
- bei Angriffen auf die medizinische Versorgung schnelle, transparente und unparteiische Untersuchungen einzuleiten und die Bemühungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften zu unterstützen;
- regelmässig und in transparenter Weise über die Umsetzung der Resolution 2286, über die diesbezüglichen Fortschritte, Herausforderungen, gute Praxis und gezogene Lehren Bericht zu erstatten, um ihre umfassende Anwendung zu fördern.

Auf den Tag genau vor zehn Jahren bekräftigte die internationale Gemeinschaft, dass das Humanitäre Völkerrecht eingehalten werden muss und dass Verwundete und Kranke sowie alle, die sich um sie kümmern, verschont werden müssen. Dennoch werden noch immer Gesundheitseinrichtungen beschädigt oder zerstört. Sanitätspersonal und Patientinnen und Patienten werden noch immer Opfer von Angriffen, die zu Tod und Verletzungen führen. Es ist nicht das Recht, das hier versagt hat. Versagt hat der politische Wille.

Wir rufen die Führungsverantwortlichen dieser Welt dringend auf, zu handeln und die erforderliche politische Führungsstärke zu beweisen, um diese Gewalt zu beenden. Die Gesundheitsversorgung darf nie zum Opfer eines Krieges werden. •

Quelle: <https://www.icrc.org/de/stellungnahme/ikrk-who-msf-gesundheitsversorgung-darf-nie-opfer-des-krieges-sein-resolution-2286> vom 3.5.2026

«Wenn die Welt der Kinder untergeht»
Fortsetzung von Seite 2

Mir war schon 2011, als ich das erste Mal hier gearbeitet habe, aufgefallen, dass die Kollegen im AUB-Krankenhaus, die Kriegsverletzte behandelten, ihre Ausbildung in der Zeit des Bürgerkrieges (1975–1990) gemacht hatten. Die jungen Kollegen, die aus den USA oder Europa kamen, kannten das nicht. Die Erfahrung verschwand also, wenn die älteren Kollegen pensioniert wurden, und angesichts der Situation in dieser Region musste sich da etwas ändern. Die Erfahrung, Kriegsverletzungen zu behandeln, musste institutionalisiert werden, damit sie in der Einrichtung bleibt und von Generation zu Generation weitergegeben werden kann. So entstand hier die Konfliktmedizin.

Das Programm umfasste Forschung, Ausbildung und die klinische Praxis. Wir konzentrierten uns auf die Versorgung der Kinder aus den Kriegen in Syrien und im Irak, auch mit Unterstützung des irakischen Gesundheitsministeriums, wie ich schon sagte. Das konnte fortgesetzt werden, bis 2019 der Zusammenbruch des libanesischen Bankensystems alles stoppte. Ich ging zurück ins Vereinigte Königreich.

Die Kriege in der Region gingen weiter – in Syrien, im Irak, im Jemen. Und Sie waren weiter zu Einsätzen an verschiedenen Fronten? Ja, als Arzt war ich immer wieder vor Ort in Einsätzen, und als der Gaza-Krieg 2023 begann, gab es in der AUB in Beirut die Entscheidung, einen Lehrstuhl für Konfliktmedizin einzurichten. Als ich aus Gaza

zurückkam, wurde ich gefragt, ob ich als Professor die Leitung übernehmen wolle, zumal ich das Programm der Konfliktmedizin mitentwickelt hatte. So war das.

Das Ganze entwickelt sich weiter. Eigentlich müssen wir heute die Bezeichnung «Konfliktmedizin» in «Nachkriegschirurgie» ändern. Bisher sprach man von «Kriegschirurgie», und der Arzt ist der Typ, der die Kugeln entfernt und die Knochen flickt. Aber wir sehen, dass jeder Aspekt der Medizin von der Verletzung beeinflusst wird. Wir brauchen Augenärzte, Mikrobiologen, Intensivmediziner, orthopädische Chirurgen und Gefässchirurgen und vieles mehr. So, wie die industrielle Revolution die moderne Medizin beeinflusst hat, so bringen Kriege Umwälzungen eines ähnlichen Ausmasses mit sich, die Medizin in allen Bereichen formen.

Können Sie das für Laien etwas konkretisieren?

Es geht nicht darum, einen neuen Fachbereich zu schaffen, sondern in jedem Bereich die Besonderheit von Kriegsverletzungen und wie sie sich darstellen, zu verstehen und einzubeziehen. Ein Augenarzt muss verstehen, wie die Druckwelle einer Explosion das Auge zerreisst, wie er am besten so viel wie möglich erhalten kann, wenn Splitter in das Auge eingedrungen sind. Ein orthopädischer Chirurg muss den Unterschied verstehen zwischen einer Fraktur, die durch einen Verkehrsunfall verursacht wurde oder durch eine Explosion.

Und dann haben wir ein riesiges Problem im Bereich der Mikrobiologie. In der ganzen Region kämpfen wir mit multiresi-

stenten Bakterien. Das wurde erstmals nach 2003 von den Amerikanern beschrieben, die vom «Iraqibacter» sprachen. Sie fanden diese Bakterien in irakischen Soldaten, die aus dem Irak-Krieg mit bakteriellen Infektionen zurückkamen. Und diese Bakterien waren gegen die meisten Antibiotika resistent. Heute ist es so, dass nahezu alle Kriegsverletzten in Gaza und in Libanon multiresistente bakterielle Infektionen aufweisen. Wir sehen, dass alles, was mit menschlicher Gesundheit zu tun hat, durch Krieg neu geformt wird, sich verändert. Es ist also notwendig, dass es innerhalb einer akademischen Einrichtung, innerhalb einer Klinik immer Fachkräfte gibt, die diese Patienten betreuen, die darin ausgebildet sind, den Zusammenhang zu verstehen.

Alles, was mit menschlicher Gesundheit zu tun hat, wird durch Krieg neu geformt

Sie sind nicht nur erfahrener Chirurg und Professor an der Amerikanischen Universität und Klinik in Beirut, Sie sprechen über den Krieg und die Folgen auch öffentlich. Dabei haben Sie einmal europäische Staaten als «Achse des Völkermords» bezeichnet, warum?

Es steht völlig ausser Zweifel, dass Israel ohne die materielle Unterstützung verschiedener Staaten den Völkermord in Gaza nicht hätte ausführen können. Das Vereinigte Königreich hat nicht nur Waffen an Israel geliefert und das Land finanziell unterstützt, 60 Prozent der elektronischen Überwachung wurde von Flugzeugen der Royal Airforce durchgeführt, die von Zypern gestartet sind. Als die Israeli den Jemen bombardierten, haben Jets der italienischen Luftwaffe

sie aufgetankt. Die Amerikaner haben 80 Prozent der Waffen und Munition geliefert, Deutschland kommt gleich danach. Im übrigen bin ich davon überzeugt, dass Edward Said recht hatte, als er feststellte, «Der Hund wackelt mit dem Schwanz». Israel bleibt eine Siedlerkolonie des westlichen Imperialismus. Darum wird es von den westlichen Staaten unterstützt.

Manche in vergleichbarer Position wie Sie sprechen nicht oder kaum. Sie dagegen sagen laut und deutlich Ihre Meinung – ist das auch Ergebnis dessen, was Sie seit Jahrzehnten erlebt und gesehen haben?

Genauso ist es. Es gibt keinen Platz für Zurückhaltung, nachdem 22 000 Kinder völlig straffrei ermordet wurden. 64 000 Kinder wurden zu Waisen gemacht. Als ich in Gaza war, habe ich damit angefangen, so eine Formel auf die Patientenblätter zu schreiben, eine Art Code: «WCNSF, Wounded Child no surviving Family – verletztes Kind, keine überlebende Familie». Das war ein Hinweis an die Mitarbeiter der Sozialabteilung im Al-Shifa-Krankenhaus, die das Kind füttern mussten. Am nächsten Tag musste jemand dem Kind etwas zu essen geben, musste es versorgen, die Verbände wechseln. Das ist ein Phänomen, das ich hier wieder sehe und das ich nie zuvor bei meinen Einsätzen gesehen hatte. Das muss aufhören. Mit dieser erzwungenen Art des Völkermords muss gebrochen werden. Gaza ist kein Einzelfall. Gaza wird sich überall wiederholen.

Vielen Dank für das Gespräch. •

Erstveröffentlichung <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=150133> vom 9.5.2026

Dann wird von Deutschland nicht mehr viel übrigbleiben

Brigadegeneral Erich Vad warnt eindringlich vor dem unverantwortlichen Kurs der deutschen Aussenpolitik

von Peter Küpfer

In einem kürzlich aufgezeichneten Gespräch auf KLARTEXT Deutschland warnt Brigadegeneral a. D. Erich Vad, ehemals Berater in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen des Bundestags sowie der deutschen Regierung, vor einer zunehmend gefährlichen Eskalation in der deutschen Sicherheitspolitik. Der von Bundeskanzler Merz vor aller Welt verkündete Anspruch, bis 2039 «die stärkste konventionelle Armee Europas zu stellen», steht im Rahmen einer strategischen Wende, die nicht mehr auf Vermeidung des Krieges ausgerichtet ist, sondern auf Sieg mittels Waffen in einem Krieg gegen Russland. Sie ist aus Vads Sicht unrealistisch und «brandgefährlich». Im folgenden werden zentrale Aussagen Vads auf Grundlage des Transkripts zusammenfassend und im Wortlaut wiedergegeben. Dem schliesst sich ein persönlicher Kommentar an.

Zweifel an den Einschätzungen der tatsächlichen Bedrohungslage

Erich Vad schätzt es als grosses Risiko ein, dass die Wende in der deutschen Sicherheitspolitik den Krieg nicht mehr von Deutschland, seiner Bevölkerung und seinem Territorium fernhalten will, sondern sich wie im Sog auf ihn zubewegt. Wie Vad in Erinnerung ruft, herrschte demgegenüber bei Gründung der deutschen Bundeswehr die übereinstimmende Sicht, dass sie als reine Miliz- und Verteidigungsarmee einen neuen drohenden Krieg von Deutschland fernhalten müsse. Die rein militärische Doktrin beinhaltete, dass die Bundeswehr eine mögliche Bedrohungsmacht so gründlich abschrecken sollte, dass es gar nicht zum Krieg auf deutschem Territorium kommen könne.

Heutzutage wird statt dessen die Bevölkerung mit Stellungnahmen aus Regierung, Parteien und Medien pausenlos mit der Botschaft beliefert, ein kommender russischer Angriff auf die osteuropäischen westlichen Nachbarländer der Ukraine sei unausweichlich und führe nach deren Niederlage zu einem russischen Angriff auf das westliche Europa und damit auch auf Deutschland. Für Vad ist diese Neuversion der amerikanischen Domino-Theorie durch keinerlei Fakten gestützt, auch nicht, was Russland betrifft. Vad stellt dem gegenüber, was nüchtern kommentierende Fachleute schon seit Beginn des Ukraine-Krieges unabhängig von einander immer betont haben: Nach der einseitigen Aufkündigung der Rüstungskontrolle (auch der nuklearen) durch die USA liegt Russlands Hauptziel in der Sicherheit seiner Bevölkerung. Eine Eroberung Europas sei weder Russlands Absicht noch militärisch realisierbar. Das offizielle und für ihn, Vad, unrealistische Bedrohungsszenario der EU und Deutschlands steuere mit seinem Panikpotential in Richtung auf einen neuen grossen Krieg gegen Russland. Russland sei aber nicht irgendein Gegner, sondern die stärkste Atommacht der Welt, den USA und sogar China in ihrer Zerstörungskraft weit überlegen.

Aggressive Sprache überdeckt Mangel an Konzept

Erich Vad zeigt sich mehr als beunruhigt über die aggressive offizielle Sprache Deutschlands: «Wir sollten angesichts der wirklichen Lage mehr Mitte und Mass an den Tag legen. [...] Mir gefällt das nicht, wenn unsere Politiker mit einer aufheizenden Sprache gegenüber Russland unterwegs sind. [...] Wenn man dazu denkt, wie die mögliche [russische] bewaffnete Antwort auf die andauernd provokative deutsche Eskalation aussehen kann, dann passt dieser forsche Stil gar nicht mit den Realitäten zusammen.» Vad spricht in diesem Zusammenhang unmissverständlich, wenn er betont: «Wir haben es mit Russland nicht mit irgendeinem Land zu tun. Russland ist die stärkste Nuklearmacht der Welt. Sie haben mehr Sprengköpfe als die Amerikaner, weit mehr als die Chinesen. Russland würde natürlich im Falle einer absehbaren Niederlage, wenn sie gezwungen würden, aus dem Donbas rausgehen – da würde Russland nuklear gehen. Ähnlich wie John F. Kennedy 1962. Kennedy hätte nuklear gehen müssen,

«Im Falle eines Krieges werden die bei uns installierten amerikanischen Waffensysteme der Nato in die Tiefe Russlands wirken – aber wir bekommen dann «den ganzen Segen» zurück, nicht sie.»

«Heute ist die Situation so: Wir stellen dieses Jahr im Grossraum Wiesbaden amerikanische Mittelstreckenraketen auf. Auch Abfangsysteme, jawohl. Sie sind gerichtet gegen russische Systeme aus Kaliningrad, Hyperschallwaffen, das ganze Programm. Dazu gibt es keine Diskussion, es gibt keine Debatte darüber. Und wir, wenn wir das isoliert machen, ohne Interessenausgleich mit der Gegenseite, wie jetzt gegenüber Russland, ohne überhaupt mit denen darüber zu sprechen – dann ist das brandgefährlich. Denn im Falle eines Krieges, da wirken die Amerikaner aus Deutschland heraus in die Tiefe Russlands – was manche Unionspolitiker bei uns so toll finden. Aber wir kriegen dann «den

ganzen Segen» hier zurück – wir, nicht die USA. [Was jetzt geschieht,] ist einfach eine Entkoppelung der europäischen Sicherheit von der amerikanischen.

Dabei war es immer das Ziel, auch im Kalten Krieg, dass es dazu nicht kommt. Wir hatten damals hier in Deutschland die höchste Streitkräfte-Konzentration der Welt. Wir haben auf Abschreckung gesetzt und auf Stärke. Und dabei war das Risiko hoch, dass das schiefging. Dann wäre von Deutschland nichts mehr übriggeblieben.

Und das ist heute in ähnlicher Weise so, und das verstehen viele nicht.»

(Brigadegeneral Erich Vad beim Gespräch mit KLARTEXT Deutschland vom 30.04.2026)

wenn die Sowjets damals hart geblieben wären und dort [auf Kuba] russische, also damals sowjetische Raketen stationiert hätten. Das wollen die Russen eben verhindern, dass das der Westen heute in der Ukraine macht, und das ist auch der Grund, warum Russland nicht will, dass die Ukraine zur Nato kommt.»

Ein Beispiel zeigt deutlich, was die Stunde geschlagen hat

Vad illustriert die wirkliche Bedrohungslage mit einem unter die Haut gehenden Beispiel: «Wir haben mit den Briten vor zwei Jahren ein Verteidigungsabkommen abgeschlossen. Es ging um Dinge im maritimen Bereich, aber auch um den Bau von Kampfdrohnen. Wir haben dazu eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Vergangene Woche nun haben die Briten uns darüber informiert, dass die Ukraine 120 000 von diesen Kampfdrohnen bekommt. Mit diesen sind Ziele bis tief nach Russland hinein zu erreichen. Die Russen haben nicht lange mit ihrer Reaktion auf sich warten lassen. Sie haben inhaltlich klar und deutlich gesagt: Wie ihr wollt, dann nehmen wir aber auch alle zuliefernden Rüstungsbetriebe mit auf unsere Ziellisten. Das ist eben das, wohin die deutsche Eskalation führt, in die absolute Sackgasse. Ich bin sicher, sobald die Ukrainer diese Systeme haben, dann ist für sie Feuer frei! [...] Das ist die bestellte Katastrophe.»

Eine ähnliche Warnung richtet Vad an die Adresse jener für ihn unverantwortlich vorgehenden Kräfte, welche die Ukraine als Mitglied der EU sehen möchten, um ihr die europäische Solidarität zu beweisen: «Ich halte dieses Vorgehen für brandgefährlich. Wir haben im EU-Vertrag den Artikel 42, die Beistandsverpflichtung. Wenn wir ein Krieg führendes Land in die EU holen, dann holen wir damit den Krieg nach Europa.»

Brandgefährliche Schieflage Deutschlands

Für Vad ist der schwere strategische Fehler Deutschlands die Tatsache, dass es sich auch nach dem Kalten Krieg immer noch ganz auf die Seite des vermeintlich Stärkeren stellte, statt sich aktiv in einer multipolar gewordenen Welt für Verständigung in der höchst brisant gewordenen Sicherheitsfrage einzusetzen. Zu einer soliden Sicherheitspolitik gehöre eine ehrliche, konsequente Aussenpolitik mit Schwergewicht auf Verantwortungsbewusstsein, auf Ausgleich bedachter Diplomatie. Heute brüsteten sich deutsche Spitzenpolitiker mit dem Umstand, dass

sie mit Russland jeden Kontakt abgebrochen haben: «Das [einen funktionierenden Austausch mit Russland] macht Deutschland heute alles nicht mehr. Das ist eine gefährliche Schieflage für Deutschland, brandgefährlich [...]. Wenn wir damit nun da landen, was der «Operationsplan Deutschland» der Bundesregierung vorsieht, dann haben wir alles falsch gemacht. Wenn Friedrich Merz Kriegskanzler

werden sollte, der erste in der Nachkriegsgeschichte, dann haben wir sicherheitspolitisch alles falsch gemacht. Da können wir auch die stärkste konventionelle Armee Europas auf dem Hof stehen haben. Die nützt uns nichts. Und da muss man neu nachdenken. Wir brauchen einen neuen Ansatz. Mit dem wir uns eingestehen müssen: Wir müssen militärische Stärke verbinden mit politischer Klugheit, letztlich auch mit einem Interessenausgleich mit Russland.»

«Strategien, die uns sehenden Auges in ein Kriegsinferno führen, bringen uns alles andere als Sicherheit»

Ein weiterer Grund für das Risiko, dass in der multipolar gewordenen Welt eine rein militärisch ausgerichtete Sicherheitspolitik scheitert, liegt für Vad auch im Mangel an Überzeugungskraft gegenüber der eigenen Bevölkerung. Wie er sagt, ist die Doktrin für viele, gerade auch jüngere Mitbürger uneinsichtig, Deutschland werde am Hindukusch oder am Dnjepr (Ukraine) verteidigt. Diese neue Doktrin der sogenannten «Vorausverteidigung» bedeutet für ihn eine schroffe Abwendung vom Wesen und Geist einer Bundesrepublik, die lange weltweit auf Respekt stiess. Wie soll nun aber aktive Friedensförderung in der Welt gehen, fragt Vad, wenn Deutschland unter dem Schutz einer aggressiv gewordenen Nato aktiv ein kriegführendes Land mit Ausbildung, Geld, Waffen und Kriegsrhetorik unterstützt, und in Zukunft auch mit deutschen Soldaten?

Für Vad ist das ein logischer und strategisch verhängnisvoller Bruch: «Eine durch die Grossmacht USA und deren Interessen garantierte Sicherheit ist, und war auch früher schon, keine wirkliche Sicherheitsstrategie mehr, sie ist vom wechselhaften Verhalten der USA abhängig. Die aktuelle nationale Sicherheitsstrategie muss aber die territoriale Unversehrtheit Deutschlands als Ziellinie haben. Das können doch keine ernstzunehmenden Strategien sein, die uns sehenden Auges in ein Kriegsinferno führen.»



Erich Vad (Bild Screenshot)



ISBN 978-3-8648-9492-3

pk. Erich Vad zeigt sich alarmiert, auch durch seine Kenntnis der jüngst veröffentlichten deutschen Strategie-Dokumente zur Vorbereitung des grossen Krieges mit Russland: Die erste bundesdeutsche «Militärstrategie» und der «Operationsplan Deutschland». Für Vad setzen sie ganz auf das von der Nato übernommene Bedrohungsbild durch ein dämonisiertes Russland und verpassen damit ihre eigentliche Aufgabe in dieser Welt: die Sicherheitsfrage umfassend zu behandeln, nicht nur militärisch. Die neuen Strategiekonzepte geben der deutschen Regierung offenbar die ganz in ihrer eigenen Macht stehende Kompetenz, das positive Recht «bei Steigerung der Bedrohung» durch Notrecht zu ersetzen. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass dadurch gerade auch das eh schon arg beschnittene Recht zur freien Meinungsäusserung weiter stranguliert werden soll. Das vom Schweizer Bundesrat kürzlich veröffentlichte Dokument zur «Wahrung der inneren Sicherheit in Bedrohungslagen» geht in eine ganz ähnliche Richtung. Die offizielle Schweiz hat eben nicht nur freiwillig die EU-Sanktionen gegen Russland ungeprüft mitvollzogen, sie hat auch die Verteufelungskampagne gegen alles, was russisch ist, mit Eifer mitgemacht, und damit in der nicht westlich dominierten Welt Erstaunen, auch Empörung ausgelöst. Nun sollen dazu noch unbequeme Meinungsäusserungen, die nicht auf Regierungskurs sind, als Desinformation behandelt werden und als Aktivitäten, die dem «Feind» dienen. Mit diesem obrigkeitstaatlichen Maulkorb wird aber gerade das zerstört, was jede echte Demokratie ausmacht: der Dialog, das Ausdiskutieren verschiedener Meinungen. Vor diesem Hintergrund verdient die mutige öffentliche ernste Anmahnung eines deutschen Berufsoffiziers Beachtung und Anerkennung, in Deutschland wie auch in der Schweiz. In Kenntnis der Lage legt er ein ernstes Wort ein für Rückbesinnung auf die wirklichen Aufgaben einer Bürger- und Milizarmee in der Demokratie. Was er in der Sache zu sagen hat, gehört auch in der Schweiz diskutiert und schon gar nicht «von oben» wegdekretiert. •

¹ Dies ist inzwischen eingetreten und hat in der russischen Bevölkerung, auch in massgeblichen russischen Entscheidungszentren, offenbar dazu geführt, dass der Druck auf die Kriegsführung gestiegen ist, gezielte Gegenschläge gegen die Herstellungseinrichtungen der Langstrecken-Kampfdrohnen zu führen.

Quelle: KLARTEXT Deutschland: «Ex-General Erich Vad warnt vor Krieg: Dann bleibt von Deutschland nicht viel übrig» vom 30.4.2026, abgerufen 10.5.2026

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODESIVBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2026 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

Deutschland – wie umgehen mit der fortgeschrittenen Gleichschaltung?

von Karl-Jürgen Müller

Vor fast 200 Jahren verfasste *Georg Büchner* sein Geschichts-Drama «Dantons Tod». *Danton* war ein zuerst radikaler, dann aber mehr und mehr zweifelnder Trommler der Französischen Revolution. Eine der Schlusszenen – bei der öffentlichen Hinrichtung Dantons und seiner Mitstreiter Anfang April 1794 – zeigt ein «Volk», das die Enthauptungen bejubelt und verächtlich über die Todgeweihten spricht. Der Blutausch der noch radikaleren Jakobiner um *Robespierre* – er war der Gegenspieler Dantons – hatte die Not des Volkes nicht behoben, im Gegenteil. Trotzdem der Jubel! – Oder vielleicht gerade deshalb?

Nur wenige Wochen später – in Büchners Drama ist davon nicht mehr die Rede – wird dasselbe Volk die Hinrichtung der radikalen Jakobiner um *Robespierre* nicht weniger laut bejubeln. Büchner liess einen der Mitstreiter Dantons sagen: «Ihr tötet uns an dem Tage, wo ihr den Verstand verloren habt; ihr werdet sie [Robespierre und dessen Mitstreiter] an dem töten, wo ihr ihn wiederbekommt.» Ob Büchner diesem Urteil zugestimmt hätte? War es wirklich «vernünftig», im Juli 1794 dann auch noch *Robespierre* und seine engsten Mitstreiter hinzurichten? Was folgte (Direktorium und dann *Napoleons* Alleinherrschaft), war auch nicht menschenfreundlich.

Wollte Büchner das Volk kritisieren? Das ist kaum anzunehmen – stammte doch vom selben Schriftsteller der berühmte Aufruf «Friede den Hütten! Krieg den Palästen!» Büchner litt mit dem Volke.

Vielleicht empfand er ähnlich wie fast 100 Jahre später der Begründer der Individualpsychologie, *Alfred Adler*. Auch im Ersten Weltkrieg verrohten viele Menschen, waren die Völker in den Krieg gezogen und mordeeten sich gegenseitig. 1919 schrieb Adler mit Blick auf das eigene Volk:

«Täglich war diesem Volke in den Schulen die Verehrung des Herrscherhauses ins Gehirn ge-



Pro memoria: Das ist der Krieg. – Soldatenfriedhof des Ersten Weltkriegs, Douaumont bei Verdun. – Alfred Adler wusste, wovon er schreibt. (Bild Wikimedia Commons)

hämmt worden. [...] Gefälschte Geschichtswerke prahlten mit dem kriegerischen Ruhm des Gesamtvaterlandes [...]. Von den Kanzeln predigten unablässig Tausende von beredten Zungen Knechtseligkeit und Sklavengehorsam. Jeder Lehrstuhl weihte den gelehrigen Schüler in die Kunst des Bücklings ein. In Friedengesellschaften gähnte die Langeweile; kein Kopf, kein volkstümlicher Hauch fachte eine gegensätzliche Bewegung an. Zeitungen und Zeitschriften, Politiker und Parteien buhlten um die Gunst der Herrschenden. [...] Jahrzehnte lang währte diese Dressur eines weichen Volkes und erzog es zur Selbstunsicherheit und zum Gehorsam gegen die Oberen. Da kam der Krieg, und niemand wusste woher. Nach allen Regeln erprobter Kriegskunst warfen sie dem Volk ein undurchsichtiges Tuch über den Kopf. [...] Zu allen offenen Leistungen des Widerstan-

des fehlte diesem Volk, dem eine Decke übers Haupt gezogen war, das einigende Band des gegenseitigen Vertrauens, ein starkes, geschultes Gemeinschaftsgefühl.»

Was statt dessen geschah:

«Sie [das Volk] machten aus der Not eine Tugend! In dem Chaos, das sich vor ihnen auftrat, griffen sie nach dem Ruf, der vom Generalstab ausging, und noch widerstrebend taumelten sie bereits in die Richtung, wohin der Befehl sie wies. Und mit einem Male war ihnen, als ob sie selbst den Ruf ausgestossen hätten. Da wurde es lichter in ihrer Seele. Sie hatten den ersehnten Ausweg gefunden. Nun waren sie nicht mehr gepeitschte Hunde, die man gegen ihren Willen dem Kugelregen preisgab, nein, Helden waren sie, Verteidiger des Vaterlandes und ihrer Ehre! Sie selbst hatten ja den Ruf aus-

gestossen, und so zogen sie als Verfechter des Rechtes in den heiligen Kampf. Was den Einzelnen noch immer verhindert hätte, das Blut von Brüdern zu vergiessen, die heilige Scheu vor Menschenmord, schwand dahin im Rausche des wiedergefundenen Selbstgefühls und im Gefühl der Unverantwortlichkeit, das sich bei Massenbewegungen einstellt. In dieser seelischen Befreiung vom Gefühl tiefster menschlicher Erniedrigung und Entwürdigung, in diesem krampfhaften Versuch, sich selbst wieder zu finden, wichen sie scheu der Erkenntnis aus, nur armselige Opfer fremder Machtgelüste zu sein, und träumten lieber von selbst gewollten und selbst gesuchten Heldentaten.»

Aber Adler spricht das Volk deshalb nicht schuldig.

«Nein! Wer in seiner Mitte geweiht hat, wird dieses Volk von jeder Schuld am Kriege freisprechen. Es war unmündig, hatte keine Richtungslinien und keine Führer. Es wurde zur Schlachtbank gezerzt, gestossen, getrieben. Keiner sagte ihm die Wahrheit. Seine Schriftsteller und Zeitungsschreiber standen im Banne oder im Solde der Militärmacht. Aus der Schande seiner Entehrung versuchte es sich unter die Fahne seines Bedrückers zu retten.»

Ich finde Alfred Adlers Text aus dem Jahr 1919 hochaktuell. Deshalb die ausführlichen Zitate. Eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Gesprächsgrundlage, auch wenn es um unsere Gegenwart geht. Ein Heilmittel gegen die Ratlosigkeit ob der Entwicklungen in unseren westlichen Ländern, vor allem auch in Deutschland.

Ein Beispiel:

Am 12. Mai veröffentlichten die deutschen *NachDenkSeiten* einen umfangreichen, sehr lesenswerten Artikel mit dem Titel «EU-Sanktionen gegen Journalisten: Erschrecken-

Fortsetzung auf Seite 6

«Nein zur Kriegswirtschaft»

Auf ihrer Vollversammlung am 24. Januar 2026 haben die Vertrauensleute der IG Metall bei den Ford-Werken in Köln die Erklärung «Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!» beschlossen.

Mit diesem Beschluss positioniert sich der Vertrauenskörper deutlich gegen die Umstellung ziviler Industrien auf Rüstungsproduktion. Wir haben Kolleg:innen von Ford Köln und Mercedes-Benz Düsseldorf eingeladen, um über die Situation in den Betrieben und den Kampf gegen Aufrüstung und Krieg zu diskutieren.

zf. Mit einer am 2. Mai 2026 gestarteten Online-Petition haben Mitglieder und Funktionsträger der deutschen Gewerkschaft IG Metall das Anliegen und Passagen der Kölner Erklärung «Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!» aufgegriffen und eine eigene Petition dazu verfasst. Wir IGM*-Kolleginnen und Kollegen bei VW schauen mit grosser Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmende Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht.

Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise, die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen «Notstand» ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung.

Im «Kriegsfall» kommt laut «Arbeitsverpflichtungsgesetz» (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten

Hier der Wortlaut der Erklärung:

«Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!»

Der IG Metall Vertrauenskörper der Ford-Werke in Köln schaut mit grosser Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmenden Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen «Notstand» ausruft,

Petition: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

sten aller Berufsgruppen hinzu. In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen grosser Kapitaleigner.

Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken. Aktuell steigen mit dem Krieg im Nahen Osten sofort die Preise für Benzin. Schon wird von höherer Inflation gesprochen.

Diese Entwicklung machen wir nicht mit!

Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. Unterstreichen wir unsere Losung «Kampf um jeden Arbeitsplatz!» und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung« ein (IGM-Satzung unter §2 Aufgaben und Ziele der IG Metall). Und wir rufen den IG-Metall-Vorstand, den Betriebsrat und alle Mitglieder auf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung. Im «Kriegsfall» kommt laut «Arbeitsverpflichtungsgesetz» (ASG) eine Zwangsverpflichtung unter Androhung von Gefängnis für sogenannte Spezialisten aller Berufsgruppen hinzu. In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen grosser Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig auch unsere Kinder in Kriege zu schicken.

Erstunterzeichner*Innen

Cem Ince, IGM-Mitglied, Mitglied des Bundestages der Linken; **Lars Hirsekorn**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, Volkswagenwerk Braunschweig; **Sven Schramm**, IGM-Vertrauensmann und Betriebsrat, VW-Sachsen, Die Gläserne Manufaktur Dresden; **Namik Sarikaya**, IGM-Vertrauensmann, VW Kassel; **Tobias Blessmann**, IGM-Mitglied, Volkswagen Werk Kassel; **Dirk Hirsekorn**, IGM-Mitglied, Arbeiter, VW Braunschweig; **Ronny Vornkahl**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, VW Braunschweig; **Mirco Baxmann**, IGM-Delegierter, VW Wolfsburg; **Christoph Meyer**, IGM-Vertrauensmann, VW Kassel; **Majuran Srisegarani**, IGM-Vertrauensmann, VW Braunschweig; **Stephan Krull**, Ehemaliges Mitglied im Betriebsrat, VW Wolfsburg; **Christos Paralidis**, IGM-Mitglied der Vertrauenskörperleitung (VKL) als Sprecher der Migranten, VW Salzgitter; **Mark Seeger**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, VW Braunschweig; **Ricardo de Alessandro**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, VW Braunschweig; **Hidir Budak**, IGM-Mitglied, Volkswagen Werk Kassel; **Michael Schulz**, IGM-Mitglied, VW Braunschweig; **Martin Kollek**, IGM-Vertrauensmann, Volkswa-

Diese Entwicklung machen wir nicht mit! Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen. Unterstreichen wir unsere Losung «Kampf um jeden Arbeitsplatz!» und setzen wir uns aktiv für unser Ziel «Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung» ein. (Satzung unter §2 «Aufgaben und Ziele der IG Metall».)

Und wir rufen den IG Metall Vorstand und alle Mitglieder auf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

Quelle: <https://zakk.de/event-detail?event=16004> vom 13.5.2026

gen Group Services Braunschweig; **Michael Werner**, IGM-Mitglied, Volkswagen Wolfsburg; **Agid Acer**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, VW Braunschweig; **Franziska Reuter**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, VW Braunschweig; **Timo Reuter**, IGM-Delegierter und Vertrauensmann, Salzgitter Peine, PowerCo; **Christoph Tonagel**, IGM-Mitglied der VKL, VW Braunschweig; **Thorsten Donnermeier**, IGM-Mitglied der VKL, Volkswagen Werk Kassel; **Andreas Gärtner**, IGM-Mitglied der VKL, Volkswagen Werk Kassel; **Ercan Laleli**, IGM-Mitglied im Betriebsrat, Volkswagenwerk Kassel; **Arzu Karabulut**, IGM-Mitglied der VKL, Volkswagenwerk Braunschweig; **Michael Kunik**, IGM-Mitglied der VKL, Volkswagen Werk Braunschweig; **Konstantin Antjushin**, IGM-Mitglied, VW Kassel

*IGM = Industriegewerkschaft Metall. Die IGM ist mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern die grösste Einzelgewerkschaft Deutschlands und auch der Welt. (Anm. d. Red.)

Quelle: https://storage.ejimdo.com/file/41499154-3b3c-4374-ba01-497ee0c91cef/Unterschriftenliste_5.2.1.pdf; die Petition kann unter <https://www.openpetition.de/petition/online/nein-zum-umbau-auf-kriegswirtschaft> unterschrieben werden

Die Neutralität als Errungenschaft der Aufklärung

von Hans Bieri und René Roca*

Nach dem 30jährigen Krieg setzte der *Westfälische Friede* 1648 unter anderem mit den Grundsätzen der Amnestie hinsichtlich der Kriegsbeteiligten und der Toleranz gegenüber der Religion wichtige friedenspolitische Akzente. Dies waren auch zentrale Elemente einer Frühaufklärung, die später mit der Ausarbeitung des Völkerrechts (u. a. *Emer de Vattel* als Vertreter der Westschweizer Naturrechtsschule) und mit dem Menschenrechts-Diskurs fortgesetzt wurden. Solche Elemente waren auch für die neutrale Eidgenossenschaft wichtig, die in die kriegerischen Auseinandersetzungen, vor allem mit den «Bündner Wirren», einbezogen wurde. Die Schweiz wurde zudem mit dem *Westfälischen Frieden* ein souveränes Land. 26 Jahre danach, nämlich 1674, bezeichnete die eidgenössische Tagsatzung die Schweiz erstmals offiziell als «neutrales Land». Allerdings war der Abschluss von Defensivbündnissen nach wie vor zulässig und die Eidgenossenschaft war in zahlreiche Allianzen verstrickt. Das führte zu Widersprüchen, und machtpolitische Interessen lähmten immer wieder eine friedliche Entwicklung. Trotzdem brachte die erklärte Neutralität der multikulturellen und multireligiösen Schweiz zunehmend die angestrebte Einheit. Der Eidgenossenschaft gelang es dann auch gut, sich aus den europäischen Glaubens-, Eroberungs- und Erbfolgekriegen der frühen Neuzeit herauszuhalten. 1647 hatte auch mit der «Defensivallianz von Wil», der ersten eidgenössischen Wehrordnung, die bewaffnete Neutralität immer mehr Gestalt angenommen. Die Eidgenossenschaft regte auch dank der Neutralität im Rahmen der Aussenpolitik umfassende Schiedsgerichtsverfahren an und machte sich als Vermittlerin einen Namen. Auch die Solddienste wurden immer mehr kritisiert und schliesslich verboten.

Was bedeutet die Schweizer Neutralität?

Der *Wiener Kongress* 1815 und die Gründung des Bundesstaates 1848 waren wichtige Wegmarken, um die schweizerische Neutralität national und international zu stärken. Die *Haager Friedensordnung* von 1907 ergänzte das neutrale Fundament der Eidgenossenschaft entscheidend. Auch wenn über hundert Jahre alt, gilt diese Friedensordnung heute immer noch als Völkergewohnheitsrecht. Darin werden die Rechte und Pflichten eines neutralen Landes festgehalten. Das sind Grundsätze, die auf die Errungenschaften der Aufklärung und des modernen Naturrechts hinweisen. Das bedeutet im Kern die Nichtbeteiligung

* Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung für Landwirtschaft und Industrie (SVIL), Mitglied im Komitee der Neutralitätsinitiative
René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (FIDD), Mitglied im Komitee der Neutralitätsinitiative

der Schweiz an einem Krieg anderer Staaten (heute zusätzlich flankiert von einer möglichst strengen Kriegsmaterialgesetzgebung). Sie darf niemanden angreifen und an keinen militärischen Bündnissen (zum Beispiel heute die Nato) teilnehmen. Die Schweiz muss weiter im Rahmen der bewaffneten Neutralität ihre Selbstverteidigung sicherstellen und sie muss die Kriegsführenden gleich behandeln. Sie darf keine Söldner für Kriegsparteien stellen. In diesem Zusammenhang sollten auch die «modernen Solddienste» der *Swisskoy* im Kosovo im Rahmen der Nato endlich hinterfragt werden. Eine weitere Pflicht des neutralen Landes ist es, das eigene Territorium nicht für die Kriegsparteien zur Verfügung zu stellen, sowie das Recht der Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums.

Die Neutralität fusst auf der Erfahrung, dass sich Konflikte nicht mit Gewalt, sondern nur durch Klärung der Ursachen lösen lassen. Neutralität verlangt, Konflikte aufmerksam zu verfolgen, zu verarbeiten und nicht «wegzuschauen». Nur die konsequente Haltung des Neutralen kann die Schweiz aus Konflikten heraushalten. Der neutrale Staat muss auf den Konflikt an sich zielen und nicht auf einen bestimmten Beteiligten eines Konfliktes. Indem die neutrale Schweiz nicht einseitig eine Konfliktpartei unterstützt, kann sie mit dem Angebot der Vermittlung zur Konfliktlösung beitragen und ihre Rolle als Schutzmacht bekräftigen. Bundesrat und Parlament müssen Gewalt, Krieg und Terror von allen Seiten klar ablehnen, Gespräch einfordern und vermögen so den Frieden am besten zu fördern. Die kompromisslose Haltung der neutralen Schweiz ist auch zentral für den inneren Zusammenhalt unseres Landes. Anstatt zu moralisieren, muss die Schweiz, also der Bundesrat und das Parlament, konsequent auf Machtpolitik verzichten. Dabei müssen die Schweizer Bürger sowie die Medien nicht gesinnungsneutral bleiben, sondern können sich eine kritische Meinung zu jedem Konflikt bilden und diese auch öffentlich vertreten. Auf diese Weise schützt die Neutralität auch die Meinungsfreiheit eines Landes.

Die Neutralität unter Druck

Kriegsparteien, die ihre Übermacht durchsetzen wollen, lehnen es ab, Entstehung und Ursachen der Konflikte als Prozesse zu sehen. Aus diesen Gründen haben Kriegsparteien, die auf ihre Übermacht zählen, kein Interesse an neutralen Standpunkten, die ihren Herrschaftsanspruch argumentativ oder auch territorial relativieren könnten. Nach Vormacht strebende Kriegsparteien werden deshalb den neutralen Standpunkt offen oder verdeckt bekämpfen. Die fortlaufenden, vielfältigen Angriffe der USA auf die Schweiz sind auch in diesem Kontext einzuordnen. Die Hegemo-

nie besonders der USA formt die Medienberichterstattung, so dass von den zeitlichen und räumlichen Dimensionen der Konfliktprozesse zunehmend abgelenkt wird. Dadurch wird der Konflikt in Bezug auf die Entstehung, die Ursachen sowie seine Entwicklung zunehmend unkenntlich gemacht, die Überschaubarkeit des Herganges wird verschleiert. Somit bleiben die Konfliktursachen im dunkeln, und sichtbar bleibt nur, was der entsprechende Hegemon medienwirksam arrangiert, ohne nennenswerte Opposition beschliesst und mehr oder weniger rücksichtslos durchführt.

Die Dekonstruktion der Neutralität

Kriegsparteien, welche ihre Macht durchsetzen wollen, empfinden die neutrale Position als potentielle Einschränkung. Sie werfen deshalb der neutralen Position vor, im Interesse der Gegenpartei zu handeln. Die Dekonstruktionsversuche der Neutralität als wegschauende Trittbrettfahrerin bis zur heimlichen Bündnispartnerin der gegnerischen Kriegspartei liegen im Interesse der Kriegswilligen und sollten besser verständlich gemacht werden. «Wir müssen uns eben die Tatsache vor Augen halten, dass im Grunde kein Angehöriger einer kriegsführenden Nation eine neutrale Gesinnung als berechtigt empfindet. Er kann das mit dem Verstande, wenn er ihn gewaltig anstrengt, aber er kann es nicht mit dem Herzen.» Das sagte *Carl Spitteler* (1845–1924) schon vor über 100 Jahren. Hier haken die Neutralitätsgegner auch heute mit ihrer Propaganda und ihren unsinnigen Unterstellungen ein. Das ist nicht «Mainstream», sondern Manipulation der öffentlichen Meinung: Neutralität wird als Fehlverhalten, als Spionage für die andere Kriegspartei verunglimpft. Doch der Verräter ist nicht der Neutrale, sondern derjenige, der die Schweiz hinterrücks an kriegerische fremde Bündnisse verschachern will. Die sicherheitspolitische Strategie des Bundesrates vom 12. Dezember 2025 legt dazu ein beredetes Zeugnis ab. Auf rund 60 Seiten sind nur 1½ Seiten der Neutralität gewidmet. Auch die nationalrätliche Debatte während der Frühlingssession zum Thema Neutralität kam mehr als bescheiden daher und im Gegensatz zu der des Ständerates war sie flach und inhaltsleer.

Auch *Thomas Cottier* (vgl. «Neue Zürcher Zeitung» vom 30.3.2026) und *René Rhinow* (vgl. «Neue Zürcher Zeitung» vom 7.4.2026) sind «Architekten» solcher Dekonstruktion. Sie wollen offenbar hinter die Aufklärung zurück, reden von «situativer Neutralität» (Rhinow) und versuchen so eine unsägliche «Rosinpickerei» der Schweiz zu fördern. Rhinow weiter: «Im Klartext: neutral zu sein und zu bleiben, wenn es unserer Sicherheit nützt, sie zu verlassen, wenn gewichtige aussen-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Gründe Vorrang geniessen.» Cottier und Rhinow frönen



damit als Juristen einem Rechtspositivismus und fordern unverblümt das Einbinden der Schweiz in die zentralistischen Fehlkonstruktionen der EU und der Nato. Beide Organisationen fordern ein «kriegstüchtiges Europa» und wollen dies mit Bündnispolitik und Aufrüstung erreichen, ganz so wie am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

Die Schweizer Neutralität jenseits von Vasallität

Wie Europa aus dieser heillosen verfahrenen Situation heraus- und zum universalen Auftrag der Aufklärung zurückfindet, führt über die Neutralität. Das muss der Beitrag der Erneuerung der Schweizer Neutralität sein, und deshalb muss eine klare Definition derselben mithilfe der *Neutralitätsinitiative* in der Bundesverfassung verankert werden. Denn die Schweizer Neutralität ist das Ergebnis ihrer besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich frühzeitig am gegenseitigen wirtschaftlichen Vorteil und nicht an den kolonialen Übergriffen orientierte. Die Wiedererlangung der Errungenschaften der Aufklärung, und dazu gehört die Neutralität, führt letztlich zum Ziel eines eidgenössischen Europas.

Die Schweiz muss ausserhalb von sklavischen Bündnispflichten und Vasallität stehen. Sie leistet sich so eine eigenständige, wohl begründete Meinung und bleibt mit allen in einem dialogischen Kontakt. Die Schweizer Neutralität ist über alle Parteien hinweg ein politischer Auftrag der Schweiz. Das Bedürfnis der Menschen nach Frieden muss über die machtpolitischen Interessen gestellt werden. Nur falls die politische Unabhängigkeit der Schweiz verteidigt werden kann, ist es möglich, die Errungenschaft eines aufgeklärten, freiheitlichen Menschenbildes zu sichern und weiterzuentwickeln. Jene, die bisher das Narrativ der «SVP» oder «*Putin-Initiative*» vorschoben, weichen damit nur der Frage nach den Ursachen der zunehmenden Konflikte aus. Dadurch akzeptieren sie teilweise unbewusst oder resignierend den laufenden Prozess der Entmündigung.

Eine gekürzte Version des Artikels erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 30. April 2026.

«Deutschland – wie umgehen mit der ...» Fortsetzung von Seite 5

des Schweigen und aktives Wegsehen der Zivilgesellschaft.² Der Autor hat viele mit dem Thema Grund- und Menschenrechte und insbesondere mit der Meinungs- und Pressefreiheit befasste deutsche und internationale Organisationen und Institutionen angeschrieben und um eine Stellungnahme zu den aktuellen EU-Sanktionen gegen Bürger Deutschlands und der Schweiz wie *Jacques Baud* und *Hüseyin Dođru* angefragt. Bürger, welche die EU- und deutsche Kriegspropaganda in Frage stellen und sich herausnehmen, eine eigene Meinung zu haben. Und das auch noch gut begründet und belegt. Wohlgermerkt: Die Sanktionen beschränken unter anderem radikal die Freizügigkeit, die Berufsfreiheit sowie das Eigentumsrecht und sollen ein normales Leben verunmöglichen. Ohne ein rechtsstaatliches Verfahren. Ohne nachvollziehbare Anklage, ohne ordentlichen Prozess, ohne das Recht auf Verteidigung. Geradezu kafkaesk! Eine unübersehbare Verletzung von Grund- und Menschenrechten. Ginge es in unseren Ländern noch mit rechten Dingen zu, dann müsste es einen grossen Sturm des Widerspruchs und Protestes geben.

Das Ergebnis der Anfrage um Stellungnahmen war jedoch niederschmetternd. *Reporter ohne Grenzen*, die *Deutsche Journal-*

istinnen- und Journalisten-Union und der *Deutsche Journalisten-Verband* reagierten ausweichend beziehungsweise wie Sprachrohre der EU und der deutschen Regierung. Andere unmittelbar mit dem Thema Pressefreiheit befasste Organisationen wie der *Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger* (BDZV), der *Medienverband der freien Presse* (MVFP), der *Deutsche Presserat* und die *Bundespressekonferenz* antworteten gar nicht. So auch *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, der *Euro-parat*, die *Agentur der Europäischen Union für Grundrechte*, das Büro des *Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte*, der *Sozialverband Deutschland*, der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB), die *Deutsche Bischofskonferenz*, die *Evangelische Kirche in Deutschland*, der *Zentralrat der Muslime in Deutschland*, die *Christlich Demokratische Union Deutschlands* (CDU), die *Christlich-Soziale Union* in Bayern (CSU), die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD), *Bündnis 90/Die Grünen*, *Die Linke*, *Die Freie Demokratische Partei* (FDP), Bundespräsident *Frank-Walter Steinmeier* ... Ein angeschriebener Staatsrechtsprofessor aus Österreich rechtfertigte die EU und die deutsche Politik. Ernsthafte Sorge um die Demokratie und die Freiheit in Deutschland (und der EU) machten sich nur die AfD und das BSW.

Nun muss ich hinzufügen: Die angeschriebenen Organisationen und Institutionen sind nicht das «Volk», von dem Georg Büchner und Alfred Adler geschrieben haben. Aber es sind viele Organisationen und Institutionen darunter, von denen das «Volk» in aller Regel Sachkenntnis und eine angemessene Stellungnahme erwartet, an denen es sich in der eigenen Meinungsbildung orientieren kann. Ist nicht *Amnesty International* die Hüterin der Menschenrechte, sind die christlichen Kirchen nicht zuständig für Fragen der Moral und Sittlichkeit, sind nicht Staatsrechtsprofessoren zuständig bei der Frage, was Recht und was Unrecht ist ... Wohin soll sich das Volk wenden, wenn alle wichtigen und einflussreichen Organisationen und Institutionen versagen?

Die Nationalsozialisten hatten alle wichtigen Organisationen und Institutionen gleichgeschaltet und das «Volk» zu einer «Masse» ohne Menschen mit Würde erklärt, die sie «Volksgemeinschaft» nannten: «Du bist nichts, Dein Volk ist alles.» «Ein Volk, ein Reich, ein Führer.» «Führer befehl! Wir folgen Dir!» ... Geschichte wiederholt sich nicht – aber menschenfeindliche Strukturen, Gesinnungen und Verhaltensmuster können wiederkommen. Und die Gefahr wird um so grösser, je mehr sich die Politik eines Landes – auch Deutschlands – für den Kriegszustand entscheidet.

Georg Büchner und Alfred Adler haben das Volk der Französischen Revolution und des Ersten Weltkrieges nicht schuldig gesprochen. Wir tun gut daran, ihnen auch heute darin zu folgen. Einiges wird noch auf uns zukommen. Vernunft und Menschlichkeit werden sich wohl erneut auch nicht auf das «Volk» abstützen können. In Würde leben können wir nur dann, wenn wir deshalb nicht ratlos werden, wenn wir uns im Menschenbild nicht beirren lassen.

PS Ich muss hinzufügen: Deutschland und die kriegerische Spitze der EU sind nicht Europa und schon gar nicht die Welt. Dort gibt es Institutionen und Persönlichkeiten in hoher Verantwortung, die dem Kriegsgeschrei Einhalt gebieten. Einer von ihnen ist Papst *Leo XIV.*, der oberste Repräsentant der römisch-katholischen Weltkirche. Bei einer Ansprache vor den Studenten und Lehrenden der grössten italienischen Universität in Rom, der Universität «La Sapienza», hat sich der Papst erneut als Stimme des Friedens gezeigt (siehe Kasten auf Seite 8). Seine vielen Zuhörer bedankten sich mit stehenden Ovationen. Auch das könnte Orientierung geben.

¹ Adler, Alfred. *Die andere Seite. Eine massenpsychologische Studie über die Schuld des Volkes*. In: Bruder-Bezzel, Almuth. *Alfred Adler. Gesellschaft und Kultur (1898–1937)*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2009, Seite 120–130

² <https://www.nachdenkseiten.de/?p=150304>

Rahmenabkommen mit Brüssel

Faktische Entmachtung des Schweizer Parlaments

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Inhaltlich ist es keine weltbewegende Frage: Dürfen Schweizer Helikopterpiloten im Schweizer Luftraum bis zum 65. Altersjahr gewerbsmässig Personen transportieren, oder muss sich die Schweiz an die EU-Altersgrenze von 60 Jahren halten? Aber es ist ein leicht verständliches Beispiel dafür, was der Zwang zur Übernahme von EU-Recht für die Souveränität der Schweiz und für die Freiheit unseres Parlaments, Schweizer Recht zu setzen, bedeuten würde. Das Rechtsübernahmeverfahren hätte innerhalb der Schweiz eine massive Verschiebung der Macht zur Exekutive zur Folge. Am vorliegenden Fall ist plastisch zu sehen, auf welche Seite der Bundesrat sich schlägt, wenn er zwischen den Interessen unseres Landes und dem Beifall Brüssels wählen muss.

Schweizer Heli-Piloten in die EU-Bürokratie eingliedern?

Das *Luftverkehrsabkommen* zwischen der Schweiz und der EU ist eines der sieben Abkommen der Bilateralen I von 1999, in Kraft getreten am 1. Juni 2002. Es gehört auch zu den fünf Abkommen, die dem Rahmenabkommen unterstellt werden sollen.

Sachverhalt: Am 16. Februar 2021 reichte die *Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen* (KVF) des Nationalrats im Nationalrat eine Motion mit folgendem Inhalt ein: «Der Bundesrat wird beauftragt, im Einklang mit Art. 23 des *Luftverkehrsabkommens* die gesetzliche Grundlage einer nationalen Berufspilotenlizenz für den Schweizer Luftraum zu schaffen, welche den Pilot*innen ermöglicht, bis zum 65. Altersjahr zu fliegen.»¹

Aus der Begründung des Vorstosses: «Die Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 verpflichtet die Schweiz wie die EU, das Alter der Helikopterpilotinnen und -piloten auf 60 Jahre zu begrenzen. Diese willkürliche Altersgrenze macht keinen Sinn. Die medizinischen Studien, die von der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA publiziert wurden, sehen bei den Berufshelikopterpilot*innen bis 65 Jahren kein erhöhtes medizinisches Risiko, das die Flugsicherheit gefährden würde, sofern sie die medizinischen Tests bestehen und für flugtauglich befunden werden.» Für die Zeit von 2014 bis Januar 2020 beantragte und erhielt das *Bundesamt für Zivilluftfahrt* (BAZL) via EASA bei der Europäischen Kommission mehrmalige Ausnahmeregelungen von der Alterslimite von 60 Jahren. «Eine weitere Ausnahme für Januar 2020 bis Januar 2022 wurde abgelehnt. Seither stocken die Verhandlungen.»

Kommentar: Warum soll die EU bestimmen, bis zu welchem Alter Schweizer Helikopterpiloten im Schweizer Luftraum fliegen dürfen? Besonders wenn man dabei hat, dass viele von ihnen auch Einsätze für die *Rega* (Schweizer Rettungsflugwacht) fliegen, die sicher froh ist um jeden erprobten Helfer!

Gesetzgebung ist Sache des Parlaments – Bundesrat blockiert

Aus diesen Gründen beauftragte die zuständige Kommission des Nationalrats den Bundesrat, gestützt auf Art. 23 des *Luftverkehrsabkommens*, «die gesetzliche Grundlage für eine nationale Berufspilotenlizenz zu schaffen, damit diese Frage für den Schweizer Luftraum dauerhaft und nachhaltig beantwortet werden kann».

Luftverkehrsabkommen von 1999

Art. 23 (1) dieses Abkommens lässt das Recht jeder Vertragspartei unberührt, unter Beachtung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und der Bestimmungen dieses Abkommens ihre Rechtsvorschriften zu einem von diesem Abkommen geregelten Sachverhalt einseitig zu ändern.²

Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat und der Ständerat stimmten jedoch am 3. Juni beziehungsweise 28. September 2021 der Motion zu.

Damit wäre der Fall klar. Im demokratischen Rechtsstaat Schweiz ist das Parlament zuständig für die Rechtsetzung. Mit einer Motion beauftragt das Parlament den Bundesrat, «einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen» (Art. 120 des *Parlamentsgesetzes*). Offensichtlich weigert sich

«Das Parlament würde spürbar an Bedeutung verlieren»

mw. Bundesrat: «Die vorliegenden Abkommen sichern die verfassungsmässigen Kompetenzen der Kantone, der Bundesversammlung, des Bundesrates, der Gerichte und des Volkes sowie die Initiativ- und Referendumsrechte.» (*Begleitbrief zur Vernehmlassung* vom 13.6.2025)

Natürlich weiss der Bundesrat ganz genau, dass das Schweizer Parlament seine Rechtssetzungskompetenz durch den Zwang zur Übernahme von EU-Recht verlieren würde. Indirekt gibt er das zu, wenn er beteuert, er werde das Parlament und alle interessierten Kreise «informieren» über anstehende Rechtsänderungen der EU und deren Einfluss auf die Abkommen. Wir Schweizer wollen aber nicht nur informiert werden, wir sind gewohnt, über unsere Angelegenheiten selbst zu bestimmen.

Staatsrechtsprofessor *Paul Richli* (Universität Luzern) charakterisiert die Abwertung des Schweizer Parlaments in deutlichen Worten: «Die Eigenständigkeit im Geltungsbereich der Binnenmarktabkommen ist mit dem Abschluss des Abkommenspakets Geschichte. Die Schweiz hat keine Möglichkeit mehr, eigenständige Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Die Regelungskompetenz liegt exklusiv bei den EU-Organen. Der Bundesrat hat auch keine formelle Möglichkeit, der EU-Kommission oder dem EU-Parlament und dem Rat den Erlass eines EU-Rechtsaktes zu beantragen.

Dasselbe gilt für die Bundesversammlung. Würde die Bundesversammlung eine gesetzliche Vorlage dennoch in Eigenregie beschliessen, so wäre dies eine Abkommensverletzung, was die EU zu Ausgleichsmassnahmen ermächtigen würde.» Auf die Frage des Journalisten: «Die Bundesversammlung verliert in den betroffenen Bereichen ihre Gesetzgebungskompetenz – ist das nicht eine faktische Entmachtung des Parlaments?» antwortet Richli: «Ohne Zweifel ist das eine faktische Entmachtung.»¹

Ganz ähnlich Professor *Andreas Glaser* (Universität Zürich) auf die Frage: «Wo sehen Sie die grösste Änderung für das Schweizer System?» Glaser: «Beim Parlament. Viele Änderungen des EU-Rechts werden von der Schweiz heute ja nicht übernommen, beispielsweise bei der Personenfreizügigkeit. Würde sich die Schweiz zur dynamischen Rechtsübernahme verpflichten, bliebe dem Parlament keine andere Wahl, als Änderungen des EU-Rechts zu übernehmen und innerstaatlich umzusetzen. [...] Das Parlament würde spürbar an Bedeutung verlieren.»²

¹ Odermatt, Marcel. «Schwächung der Eigenstaatlichkeit.» Interview mit Professor Paul Richli. *Weltwoche* vom 14.5.2026

² Fontana, Katharina. «Staatsrechtler Andreas Glaser: <In der Schweiz ist man sich über die Tragweite des EU-Abkommens nicht im Klaren>». *Neue Zürcher Zeitung* vom 23.1.2024

«Sollte die Motion trotz des Risikos von Gegenmassnahmen der EU umgesetzt werden, müsste dafür eine Rechtsgrundlage auf Gesetzesstufe geschaffen werden. Konkret müsste das Parlament eine Gesetzesgrundlage verabschieden, in welcher es seinen Willen bekräftigt, vom LVA abzuweichen. *Damit würde die Schweiz bewusst einen Konflikt mit der EU provozieren und das bisher sehr gute Funktionieren des LVA aufs Spiel setzen.*» (*Stellungnahme des Bundesrats, Hervorhebung mw*)

der Bundesrat, seine Pflicht zu tun – die Motion liegt nun seit bald fünf Jahren in der Schublade. Im aktuellen Parlamentsprotokoll stehen die mysteriösen Worte: «Stand der Beratungen: Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Vorstosses liegt vor.»

EU-Rechtsübernahme ohne Zustimmung des Stimmvolks

Aus der Stellungnahme des Bundesrates: «Die Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 wurde 2012 ins *Luftverkehrsabkommen* Schweiz-EU [...] übernommen und ist seither geltendes Recht.»

Dazu ist zu ergänzen: Die erwähnte Verordnung Nr. 1178/2011 ist eine von zahlreichen EU-Verordnungen und Richtlinien, die seit dem Abschluss der Bilateralen I in den Anhang des *Luftverkehrsabkommens* eingefügt wurden und damit für die Schweiz «geltendes Recht» sind. Den Bilateralen I hat das Schweizervolk 1999 in einer Volksabstimmung zugestimmt, es hat aber nicht zugestimmt, dass es künftiges, unbekanntes EU-Recht in die Abkommen übernehmen will. Im LuftVA wird der Paradigmenwechsel von bilateralen Verträgen auf Augenhöhe zur geplanten institutionellen Rechtsübernahme quasi vorweggenommen.

Die Schweiz ist auf Grund der genannten Verordnung heute schon Mitglied der *Europäischen Flugsicherheitsagentur* EASA,

einer der bürokratisch überregulierten Agenturen der EU (an die wir übrigens auch happige finanzielle Beiträge bezahlen müssen). Das hat zur Folge, dass der Bundesrat regelmässig nach Brüssel pilgern muss, damit Schweizer Heli-Piloten im Schweizer Luftraum Personen transportieren und *Rega*-Nothilfe-Einsätze fliegen dürfen!

Bundesrat räufelt nach Brüssel, um «bitti bätti» zu machen

Der Bundesrat weiter: «Seit 2014 beantragt das *Bundesamt für Zivilluftfahrt* BAZL bei der EASA Ausnahmegesuche von dieser Altersbeschränkung. Die EU-Kommission hiess diese bisher gut; seit 2018 allerdings bereits eingeschränkt. Eine weitere Ausnahme für den Zeitraum von 2020 bis 2022 wurde nur noch für Pilotinnen und Piloten gewährt, welche in ihrem Betrieb auch medizinische Notfallflüge durchführen.» Weiter bemühte sich das BAZL 2020 im *Gemischten Ausschuss* Schweiz-EU um die Erhöhung der Alterslimite sowie im Februar 2021 in einem Brief an die EU-Kommission.

Kurzfassung der Antwort der EU-Kommission vom 1. März 2021: Nach über sechs Jahren nach Inkrafttreten der Altersbeschränkung sei Schluss mit Ausnahmen für die Schweiz. Sie drohte, «bei Abweichungen vom geltenden Recht geeignete Durchsetzungsmassnahmen zu ergreifen».

«Die Eigenständigkeit im Geltungsbereich der Binnenmarktabkommen ist mit dem Abschluss des Abkommenspakets Geschichte. Die Schweiz hat keine Möglichkeit mehr, eigenständige Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Die Regelungskompetenz liegt exklusiv bei den EU-Organen.» (*Paul Richli*)

Bundesrat schlägt gleich selbst Sanktionen gegen die Schweiz vor!

Statt der EU-Kommission die Stirn zu bieten, stellt sich der Bundesrat offen auf ihre Seite und schlägt gleich selbst passende Sanktionen gegen unser Land vor: «Den Umfang solcher Massnahmen liess die EU-Kommission vorerst offen. Gestützt auf Artikel 31 LVA wären aber bspw. ein Verzicht auf die gegenseitige Anerkennung von Pilotenlizenzen, also auch in den Bereichen der Linien-, Geschäfts- und Privatfliegerei, oder empfindliche Marktbeschränkungen möglich.»

LuftVA Art. 31: «Lehnt eine Vertragspartei es ab, eine sich aus diesem Abkommen ergebende Verpflichtung zu erfüllen, kann die andere Vertragspartei [...] geeignete zeitweilige Schutzmassnahmen treffen, um das Gleichgewicht dieses Abkommens aufrechtzuerhalten.»

Auch dies ein Vorgeschmack darauf, was uns mit dem Rahmenabkommen in weiten Bereichen unseres Rechts, aber auch bezüglich der Grundsätze unseres Staatsgefüges blühen würde: Die autoritäre EU-Kommission sanktioniert, und der Bundesrat hält ihr die Steigbügel. Herrschaft der Exekutiven statt freiheitliches Staatsmodell.

Gemischter Ausschuss gemäss Luftverkehrsabkommen hat Befehlsgewalt

Der Bundesrat weiter: «Die Motion verlangt, «im Einklang mit Art. 23 des *Luftverkehrsabkommens* die gesetzliche Grundlage einer nationalen Berufspilotenlizenz zu schaffen. Diese Bestimmung lässt jedoch keine einseitigen Vorschriften zu, die den Grundsätzen des Abkommens widersprechen. Zwar kann die Schweiz ihre Vorschriften einseitig anpassen, diese müssen aber durch den *Gemischten Ausschuss* – also auch durch die EU-Kommission – beschlossen werden.»

Denn anders als in anderen Abkommen der Bilateralen I ist der *Gemischte Ausschuss* im LuftVA von 1999 kein Gremium, wo sich die Vertreter der Schweizer Bundesverwaltung und der EU-Kommission von gleich zu gleich austauschen und bei Uneinigkeit auch Fragen offenbleiben können. In Art. 22 ist festgelegt, dass die Beschlüsse des *Gemischten Ausschusses* für die Vertragsparteien bindend sind und dass die EU «zeitweilige Schutzmassnahmen nach Artikel 31 treffen» kann, wenn sie mit der Anwendung der Beschlüsse durch die Schweiz nicht einverstanden ist. Dazu kommt: Ob die Mannschaft des Bundesrates im *Gemischten Ausschuss* sich für die Interessen der Schweiz einsetzen würde, ist sehr zweifelhaft.

Bitte ja keinen Konflikt mit der EU provozieren ...

Der Bundesrat macht in seiner Antwort an die Nationalratskommission kein Geheimnis daraus, auf welcher Seite des Tisches seine Mannschaft in einem solchen Fall im *Gemischten Ausschuss* sitzen würde: «Sollte die Motion trotz des Risikos von Gegenmassnahmen der EU umgesetzt werden, müsste dafür eine Rechtsgrundlage auf Gesetzesstufe geschaffen werden. Konkret müsste das Parlament eine Gesetzesgrundlage verabschieden, in welcher es seinen Willen bekräftigt, vom LVA abzuweichen. *Damit würde die Schweiz bewusst einen Konflikt mit der EU provozieren und das bisher sehr gute Funktionieren des LVA aufs Spiel setzen.*» (Hervorhebung mw)

Die Positionierung des Bundesrates gegen das Schweizer Parlament und sein kriecherisches Verhalten gegenüber der EU muss uns Bürgern ein Warnzeichen sein. Dass er sich heute schon derart einseitig für die Position der EU-Kommission und damit gegen die eigenständige Gesetzgebung der Schweizer Legislative stark macht, ist ein Alarmzeichen. In der direkten Demokratie Schweiz versteht es sich von selbst, dass mit der Entmachtung des Parlaments auch das Schweizervolk, der Souverän, entmachtet würde. Ohne ein Gesetz aus dem Bundeshaus kein Referendum. •

¹ Motion 21.3020 «Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz»

² 0.748.127.192.68 *Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Luftverkehr* vom 21.6.1999

«Es ist ein Kampf für Wahrheit, Würde und für die Zukunft unserer Kinder»

Interview mit Rechtsanwalt Srđan Aleksić zu einem neuen Urteil



Srđan Aleksić
(Bild kpe)

ef. Wir haben in Zeit-Fragen immer wieder über die Arbeit von Srđan Aleksić berichtet, dem mutigen Anwalt aus Serbien, der vor fünf Jahren angetreten ist, um den vielen Opfern des Nato-Krieges gegen das ehemalige Jugoslawien (1999) zu helfen, die

in der Folge der Angriffe mit abgereichertem Uran (DU) an Krebs erkrankt sind. Auch 27 Jahre nach dieser Nato-Aggression steigt die Zahl der Krebserkrankungen immer noch weiter.

Dragan Andric ist ein weiteres von vielen betroffenen Opfern dieses Krieges. Er war an den Militäroperationen im Kosovo beteiligt und ist in der Folge an Schilddrüsenkrebs erkrankt. Mit Hilfe seines Rechtsanwaltes, Srđan Aleksić, hat er vor dem Gericht in Vršac (Vojvodina) den serbischen Staat auf Schadenersatz verklagt und recht bekommen. In dem Urteil heisst es: «Nach rechtlicher Würdigung der festgestellten Tatsachen ist das Gericht der Auffassung, dass der Anspruch des Klägers begründet ist, und hat ihn daher in vollem Umfang anerkannt.»

Eine Besonderheit: Das Gericht in Vršac hat in seinem Urteil ausdrücklich die italienische Rechtsprechung übernommen, was den Kausalzusammenhang zwischen dem Auftreten von Krebserkrankungen und der Exposition gegenüber DU angeht.

Zeit-Fragen: Am 9. April 2026 haben Sie vor dem Gericht in Vršac erneut ein positives Urteil erwirkt. Was macht dieses Urteil so bedeutsam?

Srđan Aleksić: Dieses Urteil ist weit mehr als nur ein juristischer Erfolg. Es ist ein Sieg der Gerechtigkeit und ein Sieg der Menschen, die seit Jahren gegen eine schwere Krankheit und für ihre Würde kämpfen. Das Gericht hat erneut anerkannt, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Exposition gegenüber abgereichertem Uran in der Folge des Nato-Bombardements im Jahr 1999 und dem Auftreten schwerer Krebserkrankungen besteht.

Die Entscheidung aus Vršac bestätigt, dass die serbische Justiz zunehmend bereit ist, das anzuerkennen, was viele Betroffene und ihre Familien seit Jahrzehnten wissen: Ihre Erkrankung ist kein Zufall, sondern die Folge einer langfristigen Kontamination von Boden, Wasser und Luft. Dieses Urteil gibt Tausenden von Menschen in ganz Serbien Hoff-

nung, die ihre Gesundheit, ihre Lebensqualität oder sogar Angehörige verloren haben.

Für mich als Anwalt und als Mensch hat dieses Urteil eine sehr persönliche Bedeutung. Es zeigt, dass kein Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit vergeblich ist und dass Beharrlichkeit, Fachwissen und Vertrauen in das Recht auch in scheinbar aussichtslosen Situationen zum Erfolg führen können.

Auf welchen wesentlichen Grundlagen beruht dieses Urteil?

Das Urteil stützt sich auf eine umfassende medizinische Dokumentation, auf Gutachten unabhängiger Sachverständiger sowie auf zahlreiche nationale und internationale wissenschaftliche Studien. Diese belegen die gesundheitsschädlichen Folgen der Exposition gegenüber abgereichertem Uran.

Das Gericht hat anerkannt, dass es sich nicht um einen zufälligen zeitlichen Zusammenhang handelt, sondern um eine ernstzunehmende Kausalität zwischen dem Aufenthalt in kontaminierten Gebieten und dem späteren Auftreten schwerer maligner Erkrankungen. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass der Staat verpflichtet ist, seine Bürger zu schützen und ihnen im Schadensfall eine gerechte Entschädigung zu gewähren.

Von besonderer Bedeutung waren auch die Erfahrungen aus der italienischen Rechtsprechung, die in zahlreichen Fällen zu denselben Schlussfolgerungen gelangt ist.

Inwieweit kann dieses neue Urteil Ihr langfristiges Ziel unterstützen, die Nato auf Schadenersatz zu verklagen?

Jedes rechtskräftige Urteil in Serbien ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zur internationalen rechtlichen Verantwortung der Nato. Wenn nationale Gerichte den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Bombardement und schweren Erkrankungen feststellen, entsteht eine solide tatsächliche und rechtliche Grundlage für zukünftige Verfahren vor internationalen Instanzen.

Unser Ziel besteht nicht nur darin, einzelnen Familien zu helfen. Wir wollen erreichen, dass die Verantwortung für die langfristigen Folgen dieser Waffen historisch und rechtlich anerkannt wird. Ich bin überzeugt, dass der Tag kommen wird, an dem diejeni-



ISBN 978-3-911002-07-3

gen, die den Einsatz solcher Munition beschlossen haben, sich vor internationalen Institutionen und vor der Geschichte verantworten müssen.

Hat die italienische Rechtsprechung bei diesem Urteil eine Rolle gespielt?

Ganz eindeutig ja. Mein Freund und Kollege Angelo Fiore Tartaglia hat mit mehr als 500 erfolgreichen Urteilen zugunsten italienischer Soldaten und ihrer Familien gezeigt, dass es möglich ist, auch gegen mächtige Institutionen die Wahrheit vor Gericht durchzusetzen.

Diese Erfahrungen haben uns nicht nur juristisch, sondern auch menschlich gestärkt. Sie haben bewiesen, dass Gerechtigkeit keine Grenzen kennt und dass dieselbe Wahrheit, die in Italien anerkannt wurde, auch in Serbien Bestand haben kann.

Warum betrachten Sie den Einsatz von abgereichertem Uran als Kriegsverbrechen?

Weil die Auswirkungen dieser Munition nicht mit dem Ende eines Krieges verschwinden. Sie bleiben über Jahrzehnte bestehen, kontaminieren Boden, Wasser und Luft und treffen vor allem Zivilisten – Kinder, Schwangere, Landwirte und künftige Generationen.

Wenn Waffen eingesetzt werden, deren Folgen langfristig, unkontrollierbar und unterschiedslos die Zivilbevölkerung betreffen, stellt sich aus rechtlicher und moralischer Sicht die Frage nach einer schweren Verletzung humanitärer Grundsätze. Deshalb muss ihre Verwendung umfassend rechtlich bewertet werden.

Wie erklären Sie Ihren Landsleuten, warum Sie den serbischen Staat verklagen?

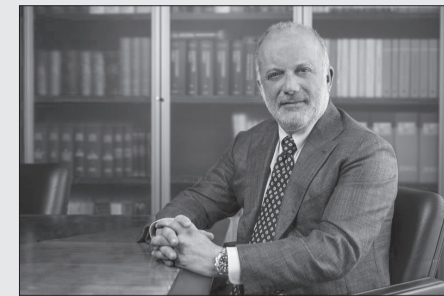
Ich verklage nicht Serbien als Nation und schon gar nicht mein eigenes Volk. Im Gegenteil: Ich nutze einen rechtlichen Weg, damit serbische Bürger von ihrem Staat den Schutz und die Entschädigung erhalten, die ihnen nach dem Gesetz zustehen.

Wenn der Staat seine Bürger entschädigt, erhält er das Recht, diese Beträge von den eigentlichen Verursachern des Schadens zurückzufordern. Damit wird Serbien nicht geschwächt, sondern rechtlich gestärkt.

Was sind Ihre nächsten Schritte?

Wir werden weiterhin neue Klagen für erkrankte Bürger aus allen Teilen Serbiens ein-

DU-Urteile in Italien



Angelo Fiore Tartaglia (Bild zvg)

«Die ersten Gerichtsverfahren über die Folgen des abgereicherten Urans begannen in Italien, dank der aussergewöhnlichen Arbeit von Rechtsanwalt Angelo Fiore Tartaglia. Er war der erste in Europa, dem es gelang, vor Gericht den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Exposition gegenüber Uran und den Krebserkrankungen italienischer Soldaten, die in Bosnien, im Kosovo und im Irak dienten, nachzuweisen. Auf Grundlage der Erkenntnisse italienischer Labore und nanotechnologischer Gewebeanalysen erkannten italienische Gerichte die Verantwortung des Staates an und sprachen den Betroffenen [inzwischen in über 500 Fällen] Entschädigungen zu. Diese Fälle wurden zu einem Präzedenzfall im Völkerrecht und bilden die Grundlage für weitere Verfahren in ganz Europa. Serbien hat darauf aufbauend eigene Verfahren eingeleitet. Diese stellen keine isolierte nationale Initiative dar, sondern sind Teil eines internationalen rechtlichen Kampfes um die Anerkennung von Verantwortung und das Recht auf Gesundheit. Die Rechtsprechung in diesen Fällen erfordert die Kombination von wissenschaftlichen, medizinischen und juristischen Beweisen – und Italien hat als erstes Land gezeigt, wie Wissenschaft zum Beweismittel im Dienst des Rechts werden kann.»

Quelle: Srđan Aleksić «Uran 238 – Menschenrechte und staatliche Verantwortung»; Auszug aus seiner Rede im Deutschen Bundestag am 5. November 2025

reichen. Gleichzeitig sammeln wir zusätzliche medizinische, wissenschaftliche und juristische Beweise und vertiefen die Zusammenarbeit mit Experten aus Italien, Deutschland und anderen Ländern.

Darüber hinaus werden wir unsere öffentliche und internationale Aufklärungsarbeit fortsetzen. Mein Ziel ist es, dass keine Familie, die ihre Gesundheit oder einen geliebten Menschen verloren hat, ohne Gerechtigkeit bleibt.

Dies ist nicht nur ein juristischer Kampf. Es ist ein Kampf für Wahrheit, Würde und für die Zukunft unserer Kinder. Gerechtigkeit mag Zeit brauchen, aber wenn sie auf Wahrheit beruht, ist sie letztlich nicht aufzuhalten. •

Ja zum Leben

Ansprache von Papst Leo XIV. vor Studenten, Lehrpersonen und geladenen Gästen beim Pastoralbesuch an der Universität «La Sapienza» in Rom am 14. Mai 2026 (Auszug)



Papst Leo XIV. bei seiner Ansprache an der Universität «La Sapienza». (Bild K-TV/Screenshot)

[...] Es ist die allgegenwärtige Lüge eines verzerrten Systems, das Menschen auf Zahlen reduziert, den Wettbewerb verschärft und uns in Spiralen der Angst gefangenhält. Gerade dieses seelische Unbehagen, das viele junge Menschen empfinden, erinnert uns daran, dass wir nicht die Summe dessen sind, was wir besitzen, und auch keine zufällig zusammengesetzte Materie in einem stummen

Kosmos. Wir sind ein Verlangen, kein Algorithmus! Gerade diese besondere Würde, die uns auszeichnet, veranlasst mich, zwei Fragen mit euch zu teilen.

An euch junge Menschen richtet diese Unruhe die Frage: «Wer seid ihr?» Wir selbst zu sein, ist in der Tat die entscheidende Aufgabe im Leben jedes Mannes und jeder Frau. «Wer seid ihr?» ist die Frage, die wir einander stellen; die Frage, die wir still an Gott richten; die Frage, die nur wir selbst, die wir aber niemals allein beantworten können. Wir sind unsere Beziehungen, unsere Sprache, unsere Kultur: Um so mehr ist es entscheidend, dass unsere Studienzeit eine Zeit grosser Begegnungen ist.

Deshalb fragt das Unbehagen der Jugend diejenigen, die reifer sind: «Welche Art von Welt hinterlassen wir?» Eine Welt, die leider durch Kriege und Kriegsrhetorik entsteht ist. Es handelt sich um eine Verfälschung der Vernunft, die von der geopolitischen Ebene aus in jede soziale Beziehung eindringt. Die Vereinfachung, die Feinde schafft, muss daher

korrigiert werden, insbesondere an den Universitäten, durch die Achtung vor der Komplexität und die kluge An eignung der Erinnerung. Insbesondere darf das Drama des zwanzigsten Jahrhunderts nicht vergessen werden. Der Ruf «Nie wieder Krieg!» meiner Vorgänger [...] spornt uns zu einem geistigen Bündnis mit dem Gerechtigkeitssinn an, der in den Herzen der jungen Menschen wohnt, mit ihrer Berufung, sich nicht hinter Ideologien und nationalen Grenzen zu verschliessen.

So war beispielsweise im vergangenen Jahr der Anstieg der Militärausgaben weltweit und insbesondere in Europa enorm: Wir dürfen eine Aufrüstung, die Spannungen und Unsicherheit schürt, Investitionen in Bildung und Gesundheit schmälert, das Vertrauen in die Diplomatie untergräbt und Eliten bereichert, denen das Gemeinwohl gleichgültig ist, nicht als «Verteidigung» bezeichnen. Wir müssen auch die Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz sowohl im militärischen als auch im zivilen Kon-

text aufmerksam beobachten, um sicherzustellen, dass sie den Menschen nicht die Verantwortung für ihre Entscheidungen abnimmt und die Tragödie von Konflikten nicht verschärft. Was derzeit in der Ukraine, im Gaza-Streifen und in den palästinensischen Gebieten, in Libanon und im Iran geschieht, verdeutlicht die un menschliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Krieg und neuen Technologien in einer Spirale der Vernichtung. Studium, Forschung und Investitionen müssen in die entgegengesetzte Richtung gehen: Sie sollen ein radikales «Ja» zum Leben sein! Ja zum unschuldigen Leben, ja zum jungen Leben, ja zum Leben der Völker, die sich nach Frieden und Gerechtigkeit sehnen! [...]

Quelle: <https://www.vatican.va/content/leo-xiv/en/speeches/2026/may/documents/20260514-visita-pastorale-sapienza.html> vom 14.5.2026; die gesamte Ansprache in deutscher Übersetzung sehen und hören kann man unter: <https://www.youtube.com/watch?v=XqRdDXEadJU> ab 1:23:50

(Übersetzung Zeit-Fragen)